:antifaschistische nachrichten Nr. 24

g 3336 1.12.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Prozess verschoben

Regensburg. Das Berufungsverfahren von Richard Williamson, Bischof der am rechten Rand des Katholizismus angesiedelten „Priesterbruderschaft St. Pius X.“, wird verschoben. Das Verfahren soll nun im Februar oder März kommenden Jahres vor dem Regensburger Landgericht stattfinden. Williamson hatte seinen Anwalt gewechselt und die umstrittene Priesterbruderschaft einmal mehr in eine peinliche Lage gebracht. Williamsons engagierte den Rechtsanwalt Wolfram Nahrath aus Birkenwerder. Dieser war Bundesführer der 1994 verbotenen Neonazigruppierung „Wiking-Jugend“ und engagierte sich zuletzt für die NPD.

In einer Pressemitteilung vom 20. November befahl das Generalhaus der Priesterbruderschaft seinem Bischof nun, „diese Entscheidung zurückzunehmen und sich nicht durch politische Thesen instrumentalisieren zu lassen, die absolut nichts mit seiner Aufgabe als katholischer Bischof im Dienst der Bruderschaft St. Pius X. zu tun haben“.

Sollte Williamson diesem Befehl nicht gehorchen, droht sein Ausschluss aus der Priesterbruderschaft St. Pius X.

Unterdessen wurde bekannt, dass zwei Schulen der Priesterbruderschaft in Saarbrücken die Schließung droht. Bereits im kommenden Februar sollen der Betrieb der Grundschule „Sankt Arnual“ und der Realschule „Herz-Jesu“ eingestellt werden. Zuvor will das Saarländische Bildungsministerium aber noch den Trägerverein der Schulen anhören. Im Frühsommer musste bereits das Internat der Realschule schließen. *hma* ■

Spendenkampagne für die Antifaschistischen Nachrichten

Bisher sind bereits 2170,- Euro eingetroffen. Wir danken allen Spenderinnen und Spendern herzlich und hoffen, das Spendenziel ‚3000,- Euro bis Jahresende‘ zu erreichen.

Spendenkonto:
GNN-Verlag
Postbank Köln, BLZ 370 100 50
Kto. 10419507

Wir sind Menschen, keine Wirtschaftsfaktoren!

Vom 17. bis 19.11.2010 fand in Hamburg die Innenministerkonferenz (IMK) statt. Eine Woche lang fanden Demonstrationen, Informationsveranstaltungen und Aktionen statt, die u.a. Repression, Sicherheitswahn und die rassistische Migrationspolitik kritisierten. Das auf der IMK beschlossene Bleiberecht für Jugendliche ist ein Anfang, aber nicht genug. Jugendliche Ohne Grenzen (JOG) schreibt dazu:

Die IMK in Hamburg hat eine Bleiberechtsregelung beschlossen, allerdings ist jetzt schon absehbar, dass die neue Regelung wieder nur eine halbgare Lösung sein wird und nur für einen kleinen Teil der Flüchtlinge ein Bleiberecht bedeutet.

„Dass sich für die hier lebenden Jugendlichen eine Perspektive bietet, war längst überfällig“, erklärte Arzijana Abdulahi von JOG, „aber eines ist auch ganz klar: Wir werden nicht akzeptieren, dass nur wir Jugendliche Bleiberecht bekommen, aber unsere Eltern abgeschoben werden sollen. Wir sind Menschen und keine Wirtschaftsfaktoren!“

Auch für alte oder kranke Menschen, die nicht für ihren Lebensunterhalt sorgen können, muss es eine Perspektive hier in Deutschland geben.

Es ist geradezu absurd, dass die Innenminister große Reden von Integrationsanforderungen schwingen, obwohl sie gleichzeitig dafür verantwortlich sind, dass wir jahrelang aus dieser Gesellschaft ausgegrenzt wurden. Leben im Lager, Ausbildungsverbote, Residenzpflicht und viele andere rassistische Sonderregelungen – das ist der Alltag von Flüchtlingen in Deutschland.

Nicht „Integration“ im Sinne von wirtschaftlicher Nützlichkeit, sondern gleiche Rechte sind die Lösung.

Am 18.11.2010 kürten Jugendliche im Rahmen eines Gala-Abends im Polittbüro den Bundesinnenminister zum inhumansten Innenminister des Jahres. Den Negativpreis „Abschiebeminister 2010“ erhält de Maizière für seine Politik der Abschiebungen nach Griechenland. Mit 98 von 212 Stimmen setzte sich de Maizière deutlich gegen den Innenminister von Niedersachsen Uwe Schünemann (58 Stimmen) und den bayrischen Innenminister Joachim Hermann (42 Stimmen) durch.

„Obwohl Flüchtlinge in Griechenland keine Chance auf Asyl haben, auf der Straße leben müssen und illegal in die Türkei abgeschoben werden, lässt de Maizière weiter abschieben, darum hat er die Wahl verdient gewonnen“, erklärt Newroz Duman von „Jugendliche Ohne Grenzen“. Im Rahmen des Dublin II Abkommens können Flüchtlinge in das EU-Land abgeschoben werden, welches sie zuerst betreten haben.

Fortsetzung Seite 3

Nazikonzerte im 3. Quartal 2010

BERLIN. Mit 30 Konzerten und sechs Liederabenden, jeweils durchschnittlich von 130 bzw. 60 Personen besucht, hatten Naziveranstaltungen einen leicht erhöhten Zulauf im Vergleich zum Vorjahresquartal (100 bzw. 55 Zuschauer). Allerdings wurde kein Konzert aufgelöst (im Vergleichszeitraum zwei) und nur vier (acht) im Vorfeld verboten. Die Szene konnte die Beschlagnahme von Tonträgern vermeiden, offensichtlich ist man auf die polizeilichen Maßnahmen in diesem Bereich inzwischen besser vorbereitet. Weiterhin gibt die Bundesregierung keine detaillierte Angaben zu Veranstaltungsorten, Musikgruppen und Veranstaltern. Die vollständige Antowrt auf die Anfrage der LINKEN findet sich unter:

www.ulla-jelpke.de ■

„Flächenbrand"

heißt eine neue 40seitige Broschüre, die sich mit den extrem rechten Strukturen in der Grenzregion von Westerwald, Mittelhessen und Siegerland befasst. Die von „Argumente - Netzwerk antirassistischer Bildung e.V." in Berlin herausgegebene Broschüre wurde mit Unterstützung des regionalen DGB veröffentlicht. In verschiedenen Beiträgen und mit zahlreichen Fotos belegt, wird die regionale Neonazi-Szene beleuchtet und der Nachweis darüber erbracht, dass sich in dem Drei-Länder-Eck in den letzten Jahren Rückzugsräume entwickelt haben, die Ausgangspunkte für Aktionen der extremen Rechten sind. Abgerundet wird das Heft mit Informationen über Symbole und Codes der extremen Rechten. Erhältlich ist die Broschüre u.a. beim DGB in Siegen: **http://www.region-suedwestfalen.dgb.de/kontakt/index** ■

NS-Jagdflieger geehrt

HATTINGEN/DÜSSELDORF. Während die Seebestattung des früheren NS-Jagdfliegers Hans-Joachim „Hajo" Herrmanns „im kleinen Rahmen stattfand", trafen sich im Saal einer Hattinger Lokalität „mit wunderschönem Blick auf das Ruhrtal" - nach Eigenangaben – rund 150 Personen, um dem am 5. November verstorbenen Oberst a.D. und Ritterkreuzträger aus Düsseldorf zu gedenken. Ausgerichtet hatte die Feier der geschichtsrevisionistische „Verein Gedächtnisstätte", dessen juristischer Berater Herrmann war. Unter den Teilnehmern befanden sich zahlreiche bekannte Neonazis und einschlägige Geschichtsrevisionisten. Von der NPD sollen, so „Altermedia", Thomas Wulff aus Hamburg und NPD-Landeschef Claus Cremer angereist sein. Auch der ehemalige „Republikaner"-Funktionär Dr. Björn Clemens (Düsseldorf), Axel Reitz von den „Freien Kräften Köln", Günter Kögel (Remscheid, früher „Collegium Humanum") und der 2007 bei „Pro NRW" eingetretene Solinger Bauunternehmer Günther Kissel haben nach diesem Bericht an der Veranstaltung teilgenommen. Neben dem Vorsitzenden des Vereins, Wolfram Schiedewitz, sprachen u.a. der Historiker Dr. Olaf Rose und Ralf Tegethoff (Bad Honnef), beide Autoren in dem NPD-Organ „Deutsche Stimme", und der ehemalige NPD-Aktivist Udo Walendy. Schiedewitz rief die Anwesenden dazu auf, für das Anliegen des Vereins zu spenden, der sich nach dem Aus in Borna nun in nächster Zeit einen neuen passenden Ort für seine „Gedächtnisstätte" suchen muss. *hma* ■

Antifa-Aktionskonferenz: Von NRW nach Dresden

Samstag, 11. Dezember 2010

DORTMUND. Erfolgreiche Massenblockaden verhinderten im Februar 2010 Europas größten Neonaziaufmarsch in Dresden. Bereits jetzt ist jedoch abzusehen, dass die FaschistInnen und Neo-Nazis sich nicht geschlagen geben werden und ihrerseits Gegenstrategien entwickeln wollen. Ein weiterer Erfolg ist daher nicht selbstverständlich. Im Februar dieses Jahres haben wir die FaschistInnen Schach gesetzt, im kommenden Jahr muss es heißen: „Nazis – Schachmatt!"

Die Mobilisierung zur Blockade des Nazi-Aufmarsches im kommenden Jahr läuft bereits. Den Startschuss gab die vergangene Aktivierungskonferenz des Bündnisses Dresden-Nazifrei. Um eine bundesweite Mobilisierung zu unterstützen, wollen wir dieses Jahr aber einen Schritt weiter gehen und auch in den einzelnen Bundesländern regionale Aktionskonferenzen abhalten. Hier schließen sich spektrenübergreifend Aktive aus Gewerkschaften, Antifa-Gruppen, lokalen Initiativen, Vereinen, Jugendverbänden und Parteien zusammen, um gemeinsam nach Dresden zu mobilisieren.

Als Einstieg in das Thema sieht die Konferenz eine Podiumsdiskussion vor, auf der über die Blockade von Nazi-Aufmärschen diskutiert und noch einmal die Bedeutung der Dresdner Nazi-Demo für die rechte Szene dargestellt wird.

Der Fokus liegt anschließend auf Hilfestellungen für das eigene Engagement in der Dresden-Mobilisierung. Rechtliche Fragen rund um das Thema ziviler Ungehorsam und Blockaden spielen hier ebenso eine Rolle, wie die Fragen: Wie organisiere ich einen Bus nach Dresden oder wie führe ich eine Plakatier- und Verteilaktion durch? Als Abschluss des Angebots rundet ein Blockadetraining, in dem die wichtigsten Verhaltensregeln in einer Blockade eingeübt werden können, den Tag ab. Anmeldung per E-Mail an:

nrw@dresden-nazifrei.com

11 Uhr bis 18 Uhr, ver.di-Haus, Königswall 36, 44137 Dortmund

In Kooperation mit ver.di Jugend NRW, DGB Jugend NRW, Rote Antifa, Jusos, DIDF-Jugend, Antifaschistische Aktion ■

NS-Wiederbetätigungsprozess in Wiener Neustadt

ÖSTERREICH. Mitte November mussten sich in Eisenstadt insgesamt 14 Personen aus dem Burgenland, Niederösterreich und Wien wegen mutmaßlicher Verstöße gegen das Verbotsgesetz vor Gericht verantworten. Ein Teil der Angeklagten im Alter von 18-38 Jahren soll laut Kurier (15.11.2010) sowohl in Eisenstadt als auch bei einem Konzert in Nickeldorf provokant die rechte Hand zum „Deutschen Gruß" erhoben haben. Andere Mitglieder dieser Gruppe sollen Naziparolen wie „Heil Hitler" und „Sieg Heil" von sich gegeben bzw. in der Öffentlichkeit eintätowierte NS-Symbole (u.a. ein Hakenkreuz und den NS-Reichsadler) zur Schau gestellt haben. Einer Person wird das Beschmieren von Geschäftslokalen mit Hakenkreuzen vorgeworfen, bei drei Hausdurchsuchungen konnte Nazi-Propagandamaterial sichergestellt werden. Interessant sind die Argumente, mit denen einige Verteidiger versuchten, die Anklage zu entkräften: Bezug nehmend auf einschlägige Tätowierungen meinte ein Verteidiger laut ORF (16.11.2010), bei der „Schwarzen Sonne" handle es sich nicht um ein originär nazistisches, sondern um ein „keltisches Symbol" und: „Nicht jeder, der einen Anker tätowiert hat, ist auch ein Matrose." Weiter wurde seitens eines Verteidigers versucht, die Zahl 88 (sie wird in Neonazi-Kreisen als Code für „Heil Hitler" verwendet), als eine „Fan-Codierung" von Rapid Wien darzustellen.

Im Falle von fünf (jüngeren) Angeklagten wurde vom Gericht entschieden, das Verfahren im Wege der Diversion zu erledigen. Sie müssen gemeinnützige Arbeit zwischen 70 und 100 Stunden erbringen. Von den restlichen Angeklagten wurden am 16.11.2010 drei freigesprochen und neun zu bedingten Haftstrafen von fünf bis acht Monaten verurteilt. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Neues von ganz rechts – Nov. 2010, www.doew.at ■

Nazis in Offenburg verhindern!

OFFENBURG. Unter dem Motto „Nazis in Offenburg verhindern!" sind am Samstag, dem 23. Oktober 2010 in Offenburg rund 1000 Menschen zusammen gekom-

Fortsetzung von Seite 1:

Jetzt verbot der Europäische Menschengerichtshof erstmals Griechenland-Abschiebungen – auch das Bundesverfassungsgericht stoppte in Eilrechtsschutzverfahren mehrere Abschiebungen und prüft die generelle Rechtmäßigkeit. Während die Landesinnenminister daraufhin Abschiebestopps erließen, nutzt de Maizière die Bundespolizei um Abschiebungen durchzuführen. „Viele Flüchtlinge haben keinen Anwalt, daher können sie sich nicht gegen die Abschiebungen wehren – obwohl jede Abschiebung durch eine Klage gestoppt werden könnte“, erklärt Newroz Duman von Jugendliche Ohne Grenzen.

Bei dem Gala-Abend zeichneten Noah Sow (Publizistin und Musikerin), Eric Abubakari (Anwalt und Menschenrechtsaktivist) und Alain Morel (u.a. Hauptdarsteller des Films „Leroy“) auch vorbildliche Initiativen gegen Abschiebungen aus und das Theaterstück „SOS for Human Rights“ (GRIPS Theater Berlin) feierte Hamburgpremiere.

Den Initiativenpreis 2010 erhielten:

◗ Aktion 302/(Münster): Die Initiative schaffte es, die Abschiebung von Roma aus Münster in den Kosovo zu verhindern.

◗ Anne-Frank-Schule/(Eschwege): Nachdem ihr Mitschüler Jamal abgeschoben wurde, setzten sich die SchülerInnen weiter für ihn ein und erreichten in 2010, dass er zurückkehren konnte.

◗ Cafe Exil/(Hamburg). Die Ehrenamtlichen des Cafe Exil unterstützen Flüchtlinge bei ihrer alltäglichen Auseinandersetzung mit dem institutionalisierten Rassismus in Deutschland.

Jugend ohne Grenzen – JOG jog@jogspace.net ■

men, um gegen den Aufmarsch der rechtsextremen NPD zu demonstrieren.

Drei Wochen zuvor erfuhr der Vorsitzende des DGB-Ortsverbandes Offenburg, Klaus Melder, dass die rechtsextreme NPD für Ende Oktober eine Demonstration in Offenburg angemeldet hatte. Sofort lud er zu einem Aktionstreffen ins Gewerkschaftshaus ein, auf dem eine bunte Gegenveranstaltung geplant wurde.

Das Aktionsbündnis bestand innerhalb kürzester Zeit aus über 50 Organisationen – Gewerkschaften, Kirchen, Parteien – und Einzelpersonen. Auch prominente Offenburger Bürgerinnen und Bürger unterstützten die Gegenveranstaltung, darunter auch die Oberbürgermeisterin.

Über 10.000 Flugblätter wurden in Geschäften, Schulen und Betrieben verteilt. In der Nacht vor der Demonstration hatte die IG Metall Jugend in „Guerilla-Aktion“ Flugblätter flächendeckend in den Offenburger Kneipen verteilt.

Zum Auftakt der Veranstaltung sprachen unter anderem Dorothea Siegler-Wiegand, eine Zeitzeugin der Naziherrschaft, und der baden-württembergische DGB Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf. Die Demonstration führte dann zum Rathausplatz, der von den Demonstranten besetzt wurde. Die NPD hatte den Platz für ihre Kundgebung angemeldet, musste nun aber 50 Meter entfernt ihre Kundgebung abhalten. Diese ging im Lärm von Rufen und Trillerpfeifen aber weitgehend unter.

Nikolaus Landgraf stellte klar: „Wir wollen die Nazis hier weder sehen noch wollen wir ihre menschenverachtenden Parolen hören – schon gar nicht einen Tag nach dem 70. Jahrestag der Deportation der badischen Juden in das Lager Gurs in Südwestfrankreich.“

Landgraf machte sich außerdem für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren stark.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt November/Dezember 2010“ ■

Bundesweiter Protest gegen Sachsens Extremismus-Klausel

DRESDEN. Gegen die Extremismus-Klausel der sächsischen Landesregierung formiert sich bundesweiter Protest. Wie die Grünen-Fraktion im Landtag am Montag in Dresden mitteilte, haben mehr als 80 deutsche Wissenschaftler und Initiativen eine Erklärung gegen die Klausel unterzeichnet. Dazu gehören beispielsweise der Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Christian Staffa, sowie Universitätsprofessoren aus Freiburg und Berlin. Die Erklärung, die Innenminister Markus Ulbig (CDU) seit vergangener Woche zur Förderbedingung für Vereine macht, sei eine Zumutung, heißt es.

„Wir erklären hiermit, dass wir uns der Abgabe einer solchen Gesinnungserklärung verweigern werden und fordern auch alle betroffenen Kollegen, Initiativen und Projekte dazu auf, eine solche Bekenntniszumutung prinzipiell abzulehnen“, lautet ein Auszug aus dem Protestschreiben. Unterschrieben haben den Protestaufruf den Angaben zufolge auch sächsische Initiativen und Politiker, darunter das Kulturbüro Sachsen sowie Grünen- und SPD-Landtagsabgeordnete.

Mit der von Innenminister Ulbig eingeführten „antiextremistischen Grundsatzerklärung“ sollen sich Demokratieprojekte und Projekte gegen Rechtsextremismus zum Grundgesetz bekennen. Die Erklärung soll künftig bei allen Anträgen für das Förderprogramm „Weltoffenes Sachsen“ verlangt werden. Der Protest richtet sich auch gegen die geforderte Prüfung der Verfassungstreue von Partnerorganisationen und Gastreferenten. Vorbild ist eine Regelung von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU), die eine Extremismus-Klausel auf Bundesebene einführen will.

Quelle: dapd, 15.11.10 ■

DVU-Bundesparteitag in Kirchheim ausgefallen

ERFURT. Der für Sonntag (28. November) geplante Bundesparteitag der rechtsradikalen DVU in der thüringischen Gemeinde Kirchheim (Ilm-Kreis) ist nach NDR-Informationen kurzfristig abgesagt worden. In einem dem Sender vorliegenden Schreiben an alle Parteimitglieder werde auf „Probleme mit der beauftragten Versandfirma“ verwiesen, wie der NDR am Freitag mitteilte. Deshalb hätten nicht alle Mitglieder ordnungsgemäß über den Parteitag informiert werden können. Als neuer Termin werde der 12. Dezember genannt. Auf dem Parteitag sollte die Fusion mit der NPD beschlossen werden. Die NPD hatte sich bereits Anfang November mehrheitlich für einen Zusammenschluss ausgesprochen. Die Terminverschiebung könnte der Zeitplan des Projekts gefährden. Nach Angaben des NDR sollte der Vorgang ursprünglich am 31. Dezember abgeschlossen sein. Nach dem Parteitag sollten die Mitglieder schriftlich um Zustimmung gebeten werden. *nach Presseberichten* ■

NPD scheitert mit Klage gegen Landkreis

DRESDEN. Die rechtsextreme NPD ist vor dem Sächsischen Oberverwaltungsgericht mit einer Klage gegen den Landkreis Görlitz gescheitert. Wie das Gericht in Bautzen mitteilte, wollten insgesamt vier NPD-Kreisräte gegen die neu geregelte Mindestgröße zur Fraktionsbildung im Kreistag vorgehen, die seit Kreisgebietsreform bei sechs Kreisräten liegt.

Aus Sicht des OVG erfüllt die Neuregelung die Anforderungen des Grundgesetzes und ist daher rechtmäßig. Zweck einer Fraktionsbildung sei es, den politischen Willen zu bündeln, um die Arbeit im Kreistag effektiver zu gestalten. Diese Aufgabe werde umso schwieriger, je größer der Kreistag sei. Es sei daher nicht zu beanstanden, wenn der Kreistag bei einer Mitgliederzahl von 92 Räten durch ausreichend große Fraktionen die politischen Entscheidungsabläufe steuern und straffen wolle, begründete das OVG seine Entscheidung. Die NPD hatte geltend gemacht, dass die Neuregelung das Ziel verfolge, die Partei von der Fraktionsbildung auszuschließen und eine Mitarbeit in den Ausschüssen zu verhindern.

Quelle: dapd ■

Singender Protest gegen Militärkonzert

HANNOVER. Das Friedensbüro Hannover protestierte gemeinsam mit anderen antimilitaristischen Gruppen und Einzelpersonen bereits mehrfach – zuletzt am Ostersonntag 2010 – gegen Konzerte der Bundeswehr in der Neustädter Hof- und Stadtkirche. Das dort seit 2008 stattfindende Adventskonzert dient dazu, die Akzeptanz und Unterstützung von Militär und Krieg in der Zivilgesellschaft zu erhöhen und reiht sich damit in zahlreiche Versuche der Bundeswehr ein, Ziviles und Militärisches zu vermischen.

Neben der Präsenz der Bundeswehr in Uniform in einem Gotteshaus und dem Ausschluss der breiten Öffentlichkeit von dieser Veranstaltung ist es ein Skandal, dass friedlich vorgetragener Protest kriminalisiert wird.

Dagegen regt sich immer größerer Widerstand auch in den Kirchen. Deshalb wird am 1. Dezember 2010 abends auf dem Platz vor der Neustädter Hof- und Stadtkirche ein friedliches Gegenkonzert mit Chor und Bläserchor stattfinden, unter dem Motto ‚Es ist Krieg – entrüstet euch!"

Quelle: Friedensbüro Hannover e.V., Haus kirchlicher Dienste Hannover ■

Neonazis kandidieren für den Münchner Ausländerbeirat

Bei der Wahl zum Münchner Ausländerbeirat am kommenden Sonntag stehen auch zwei Aktivisten der neonazistischen NPD und des lokalen Neonazis-Sammelbeckens „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA) auf dem Stimmzettel.

Es sollte wohl der ganz große Coup des stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden und BIA-Stadtrates Karl Richter (München-Bogenhausen) werden: zwei extrem rechte Aktivisten mit österreichischen Pässen konnten, von der Öffentlichkeit unbemerkt, auf einer Wahlliste für den Münchner Ausländerbeirat platziert werden: Die NPD- und BIA-Aktivisten Manfred Schiessl und Volker Knetsch stehen nun für die Wahl am 28. November 2010 bei der Liste 6 „ALK-Allgemeine Länder Kooperation" auf den aussichtsreichen Listenplätzen eins und drei.

Diese Provokation der in München lebenden Menschen mit nicht-deutschem Pass reiht sich ein in eine Serie übler rassistischer Aktivitäten der BIA, zu denen die Verteilung nachgeahmter Flugtickets an Migrant_innen genauso gehört wie die zahllosen rassistisch motivierten Anfragen Karl Richters im Münchner Stadtrat.

Manfred Schiessl

Manfred Schiessl wurde 1955 in Wien geboren. Als Ingenieur wohnte er zeitweise in lateinamerikanischen Ländern. Seit Jahrzehnten ist er in der neonazistischen Szene aktiv, so gehörte ab 1973 der (1988 verbotenen) österreichischen „Nationaldemokratischen Partei" NDP) unter dem Bombenattentäter Norbert Burger an, danach der deutschen NPD. Für die Parteizeitung „Deutsche Stimme" der neonazistischen NPD (Chefredakteur: Karl Richter) verfasste Manfred Schiessl in den letzten Monaten mindestens drei Artikel zu lateinamerikanischen Ländern. Bei der Kommunalwahl in München 2008 kandidierte Schiessl erfolglos auf der Liste des Neonazi-Sammelbeckens „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA) auf Platz 2 hinter Karl Richter.

Volker Knetsch

Volker Knetsch nimmt seit vielen Jahren an öffentlichen Aktionen der extremen Rechten in München teil, z. B. bei der neonazistischen Kundgebung am Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess auf dem Stachus am 17. August 2007. Am 8. Mai 2010 trug er beim Neonazi-Aufmarsch in Fürstenried an zentraler Stelle im Zug theatralisch die Uniformjacke eines Wehrmachtssoldaten vor sich her. Der 1943 geborene Österreicher mit Wohnsitz in München-Fürstenried kandidierte bei der Kommunalwahl 2008 auf Listenplatz 11 der rassistischen „Bürgerinitiative Ausländerstopp". Im Landtagswahlkampf 2009 und im Verlauf des Jahres 2010 betreute Volker Knetsch zahlreiche Infostände der NPD. Infotische führt er regelmäßig auch für die „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA) durch, zuletzt am 16. November 2010 am Marienplatz in München-Pasing.

Die Liste „Allgemeine Länderkooperation" wurde nach eigenen Angaben von der Münchner Naturkosthändlerin Raffaela de Lio gegründet. Im Gegensatz zu einigen Kandidat_innen des Wahlzusammenschlusses, die noch nie etwas von einem politischen Programm gehört haben wollen, legt de Lio wert auf eine politische Forderung: Die Liste würde für verstärkte Integrationsbemühungen eintreten – und zwar der Migrant_innen selber, nicht von Seiten der deutschen Gesellschaft. Sie sei auch davon überzeugt, sagte de Lio in einem Mediengespräch am Mittwoch Nachmittag, dass die meisten Migrant_innen „den deutschen Staat nur verarschen" würden. Von Manfred Schiessls Neonaziaktivitäten will sie nichts mitbekommen haben und Volker Knetsch sei ihr bis heute gar nicht bekannt, da er durch Manfred Schiessl zur Liste gestoßen sei.

Pavel Samokhvalov, ebenfalls Kandidat der Liste „Allgemeine Länderkooperation" zeigt sich auf Anfrage ebenfalls ahnungslos: Schiessl und Knetsch habe er nie getroffen, von ihrem politischen Hintergrund nichts geahnt. Angesichts der nun aufgedeckten „Kooperation" mit Neonazis bei der „ALK" bleibt der Diplom-Ökonom Samokhvalov jedoch unaufgeregt. Bei der Liste 6 hätten sich die Kandidat_innen eh nicht auf ein gemeinsames politisches Programm verständigt. Gefragt nach seiner eigenen Motivation zur Kandidatur fügt Samokhvalov an, er wolle mit seinem Wahlantritt ein Gegengewicht zu den „russischen Juden" schaffen.

Ernsthaft erschüttert zeigte sich dagegen der Chorleiter und „ALK"-Kandidat Nicolas Nganzo Tutu, der als Schwarzer zu den Lieblingsfeindbildern der „Bürgerinitative Ausländerstopp"-Propaganda gehört. Am gestrigen Dienstag Abend (23.11.) hätte er Manfred Schiessl zum ersten Mal in einem italienischen Lokal getroffen, dieser habe ihm gegenüber eine angeblich äußerst freundliche Haltung gegenüber Migrant_innen wohl nur vorgespielt.

Cumali Naz, der Vorsitzende des amtierenden Ausländerbeirats, reagierte am Mittwoch Nachmittag mit einem Aufruf: „Wer verhindern möchte, dass der Ausländerbeirat zu einer Plattform für ausländerfeindliche Kräfte wird, muss jetzt erst recht wählen gehen. Allen Münchnern ausländischer Herkunft muss klar sein, dass sie nun von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen müssen." *www-aida-archiv.de, 24.11.10* ■

Großer Erfolg: Tausende protestieren gegen Neonaziaufmarsch

Aber: Polizei schafft rechtswidrig protestfreie Zone für Neonazis!

München,14.11.10. Ein erstes Resumee der Proteste gegen den sog. Heldengedenkmarsch der Neonazis am 13.11.2010 zieht Siegfried Benker, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste im Münchner Rathaus, der selbst auf der Protestkundgebung am Sendlinger Tor gesprochen und die Proteste von Anfang bis Ende auch begleitet hat:

1. Es ist ein schöner Erfolg des breiten Bündnisses München ist bunt, dass mehrere tausend Menschen an dieser Protestkundgebung teilgenommen haben. Alle RednerInnen zeigten deutlich den Konsens der Demokraten – bei allen verschiedenen Meinungen im Einzelfall – gegen Rechtsextremismus geschlossen aufzutreten. Besonderer Dank geht hier an den Bezirksausschussvorsitzenden Alexander Miklosy der für den BA diese Kundgebung souverän moderierte.

2. Bereits auf der Kundgebung machten mehrere RednerInnen deutlich, dass sie im Anschluss zum Aufmarsch der Neonazis gehen würden. Folgerichtig setzten sich gegen Ende der Kundgebung ca. 1500 – 2000 Menschen in Bewegung um gemeinsam zum Isartor zu ziehen. Das zeigte den Wunsch und die Entschlossenheit der MünchnerInnen, auch ihren Protest vor Ort gegen die Neonazis zu zeigen.

3. Ziel aller GegnerInnen des Neonaziaufmarsches war eine angemeldete Mahnwache an der Lukaskirche an der Steinsdorffstraße. Als die Menschen dort ankamen wurde aber deutlich, dass die Polizei den Zugang zur Mahnwache verhinderte. Durch Polizeikordons, Sperrgitter und eng aufgestellte Polizeifahrzeuge wurde die Teilnahme an dieser Mahnwache verhindert. Wie viele andere versuchte auch ich, zu dieser Mahnwache durchzudringen, wurde aber an verschiedenen Sperren aufgehalten. Das ist ein klarer Rechtsbruch der Polizei. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gilt auch für diese Mahnwache. Wenn die Polizei Sorge gehabt haben sollte, dass dort der Neonaziaufmarsch blockiert werden könnnte, dann muss sie im Vorfeld mit dem Kreisverwaltungsreferat als Versammlungsbehörde diese Bedenken besprechen. Wenn die Mahnwache aber nicht verboten ist, müssen alle dort hin gehen können.

4. Nachdem dies von der Polizei durch ein massives Aufgebot verhindert wurde, zogen die Menschen entlang der Route der Neonazis durch das Lehel, um wenigstens am Straßenrand ihren Protest kund tun zu können. Es war aber überall das gleiche Bild: Durch eng geparkte Polizeifahrzeuge und Sperrgitter wurde nicht nur verhindert, dass am Straßenrand gegen die Neonazis protestiert werden konnte, sondern es wurde schon eine Straßenkreuzung vor der Neonaziroute verhindert, dass NazigegnerInnen überhaupt in die Nähe des sog. Heldengedenkmarsches kommen konnten. Damit unterläuft die Polizei München die geltende Rechtslage. Schon das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass Sichtblenden von seiten der Polizei nicht aufgestellt werden dürfen. Ein Blick auf das Demonstrationsgeschehen der Neonazis muss möglich sein. Wenn trotzdem Menschen bis an die letzten Absperrungen gekommen sind, wurden ihnen kurz bevor die Neonazis vorbeikamen hohe Mannschaftswägen vor die Nase gestellt. Die Begründung der PolizeibeamtInenn war eindeutig: Es war von der Einsatzleitung vorgeschrieben, „Sichtblenden“ aufzubauen. Das ist nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgericht rechtswidrig. Aber auch das Recht, am Ort des Geschehens zu protestieren, das vom Versammlungsgrundrecht umfasst ist, wurde verletzt.

Zum Thema siehe unter anderen auch Bericht und Fotostrecke www.luzi-m.org, „100 Nazis den Weg freigemacht, www.dkp-muenchen.de, „Polizei und bayerische Justiz als Dienstleister der Neonazis in München“.

5. Trotz des massiven Polizeiaufgebotes und der Vorkehrungen der Polizei gelang es mehreren hundert Protestierenden, sich an der Ecke Prinzregentenstraße/Altstadtring gegenüber von der Westseite des Hauses der Kunst auf die Straße zu setzen und den Marsch der Neonazis zu blockieren. Die Polizei sah sich daraufhin veranlasst, den Zug der Neonazis umzuleiten. Das ist ein weiterer Erfolg der NazigegnerInnen an diesem Tag. Das Umleiten des Zuges ließ auch vermuten, dass die Polizei keine Konfrontation mit den Protestierenden haben wollte.

6. Als der Aufmarsch der Neonazis umgeleitet wurde, rannten mehrere hundert Protestierer, vor allem junge Leute, zur Polizeiabsperrung am Altstadtring auf der Höhe der Nordecke der Staatskanzlei. Vor allem auf der östlichen Seite dieser Absperrung versuchten viele Leute die Absperrung (Gitter) auch zu überwinden. Dass die Polizei diese massiv zurückdrängte, um ein Überwinden der Absperrung zu verhindern, ist nachvollziehbar, auch da einzelne Flaschen geworfen wurden.

7. Nicht mehr nachvollziehbar ist, was dann geschah. Als sich die Situation nach einigen Minuten Rangelei bereits beruhigt hatte, stürmten Polizeieinheiten über die Absperrung, drängten die Leute zurück und setzten rücksichtslos Pfefferspray und Schlagstöcke ein. Sogar auf am Boden liegende Leute wurde von einzelnen Polizeibeamten eingeschlagen. Personen die sich duckten, wurden großflächig mit Pfefferspray eingesprüht. Als diese Situation beruhigt schien, auch weil sich Demonstranten mit erhobenen Händen zwischen die aufgebrachten Polizeikräfte und andere Protestierende stellten, griff die Polizei aber immer wieder in kleinen Einheiten einzelne Gruppen an und machte dabei großzügig vom Pfefferspray und Schlagstock Gebrauch. Pfefferspray wurde nicht nur gezielt gegen einzelne Personen eingesetzt, sondern auch in großem Radius in eine ganze Gruppe von Personen gesprüht, die sich bereits auf dem Rückzug befanden. Dies auch noch nach Ende der Kundgebung der Neonazis. Folglich löste sich die Protestkundgebung relativ bald auf. (...)

Insgesamt:

Die Polizei hat das Grundrecht derjenigen, die vor Ort gegen die Neonazis protestieren wollten, nicht nur im übertragenen Sinne mit Füßen getreten. Die GegnerInnen von Naziaufmärschen werden sich überlegen müssen, juristisch ihr Recht auf Protest durchzusetzen.“

http://www.sigi-benker.de ■

aus Münchner Lokalberichte 24-2010

Naziaufmarsch und Gegenprotest

Remagen. Am 20.10.2010 marschierten ca. 300 Nazis durch Remagen (Kreis Ahrweiler, zwischen Bonn und Koblenz). Diese wurden von ca. 600-800 Polizist_innen von den ca. 150-200 Gegendemonstrant_innen abgeschirmt. Die Polizei führte willkürlich Verhaftungen bei den Gegendemonstrant_innen durch

Der seit 3 Wochen andauernden Mobilisierungskampagne des Bündnisses „Rheinwiesenlager“, zu deren Unterstützern unter anderem das „Aktionsbüro Mittelrhein gehört, folgten ca 300 Nazis. Im Vorfeld kam es zu mehrfachen Übergriffen der Nazis auf vermeintliche Antifaschist_innen im Kreis Ahrweiler, so wurden mehrmals Autos erheblich beschädigt und Morddrohungen ausgesprochen.

Die Nazis haben ihre Demonstration stark in der Region beworben, so wurden im Kreisgebiet, sowie in den umliegenden Städten, massiv Plakate verklebt und Flugblätter verteilt. Den Höhepunkt der Mobilisierung stellte ein spontaner Aufmarsch von ca. 50 Nazis in Sinzig dar, zu dessen Abschluss ein „Heldengedenken“ zelebriert wurde. Sehr stark bemerkbar machten sich auch die Flugblatt-Verteil-Aktionen vor diversen Schulen in Remagen und Sinzig.

Antifaschistische Gruppen aus der Region riefen zu Gegenprotesten auf und das „Bündnis Remagen für Frieden und Demokratie“ organisierte eine Mahnwache an der Friedenskirche in Remagen. Die Zahl der Gegendemonstrant_innen lag bei ca. 150-200.

Die Polizei, welche mit ca. 600-800 Beamt_innen vor Ort war, führte wie schon letztes Jahr massive Vorkontrollen an Autos auf der B9 durch, ein Polizei-Hubschrauber flog den gesamten Tag über die Stadt und sogar Polizeiboote patrouillierten auf dem Rhein. Dazu standen wieder mehrere Wasserwerfer sowie Räumpanzer bereit.

Schon ziemlich zu Beginn der Mahnwache versuchten einige Gegendemonstrant_innen auf die Route der Nazis zu kommen, was jedoch aufgrund der starken Polizeipräsenz nicht gelang. Hierbei gab es auch eine Auseinandersetzungen, bei denen einige Gegendemonstrant_innen durch Schlagstockeinsatz und Tränengas verletzt wurden. Wenig später begann die Polizei willkürlich Gegendemonstrant_innen festzunehmen und Platzverweise zu erteilen, so wurden insgesamt 14 Menschen unter fadenscheinigen Begründungen vorläufig festgenommen und in die Gefangenen-Sammelstelle abtransportiert.

Die Nazis begannen ihren Aufmarsch erst gegen 13 Uhr und zogen durch Remagen zur „Schwarzen Madonna“. An vielen Stellen wurden sie durch ein buntes Bild von Antifa, Jusos und Grünen-Fahnen/Transparenten mit lautstarken Parolen und Musik „begrüßt“. Die „Schwarze Madonna“ war vorher vom „Bündnis Remagen für Frieden und Demokratie“ mit Planen zugehängt worden. Gegen 18 Uhr war der Naziaufmarsch beendet. Laut Augenzeugen marschierten am späteren Abend noch einmal ca. 30 Nazis durch Bad Neuenahr.

Naturfreund_innen 21.11.2010, indymedia ■

Proteste in Remagen Fotos: Karin Richert

Axel Reitz (l.) immer dabei...

Thor Steinar in Nürnberg unerwünscht

Das Ladengeschäft Tønsberg in der Nürnberger Innenstadt, das die rechtsextrem belastete Modemarke Thor Steinar vertreibt, macht zum 6. Januar 2011 dicht. Dass der Spuk beendet wird, ist vor allem ein Verdienst des Engagements der ver.di-Jugend und antifaschistischer Organisationen. Seit der Eröffnung vor zwei Jahren wurden über 100 Aktionen, Kundgebungen und Mahnwachen vor dem Laden organisiert. Damit informierte ver.di die Bevölkerung über die Hintergründe der Bekleidungsmarke. Gemeinsam mit antifaschistischen Gruppen hatten die Gewerkschafter auch zum Boykott des Ladens aufgerufen.

Formal hat sich der Betreiber auf einen Vergleich mit dem Vermieter, ein Nürnberger Architekt, geeinigt. Dieser hatte versucht, den Mietvertrag zu kündigen, da er sich getäuscht fühlte. Bei der Anmietung kannte der Vermieter das Label nicht und war von normaler Outdoor-Kleidung ausgegangen. Ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) hat mit einem gerade veröffentlichten Urteil die Position des Vermieters gestärkt. Demzufolge muss ein Vermieter vor Abschluss des Mietvertrags darüber in Kenntnis gesetzt werden, dass in seinen Räumlichkeiten vor allem Waren der in der rechtsradikalen Szene bevorzugten Modemarke „Thor Steinar“ verkauft werden sollen. Andernfalls könne der Vermieter wegen arglistiger Täuschung kündigen. Mit dem Urteil gab der BGH Räumungsklagen von Vermietern gegen zwei derartige Läden in Magdeburg und Berlin statt. Ulli Schneeweiß von der Gewerkschaft ver.di: „Wir sind hoch erfreut. In einem beispielhaften Zusammenwirken zwischen dem getäuschten Vermieter in der juristischen Auseinandersetzung und politischem Druck verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen ist es nach zwei Jahren gelungen, ein Zeichen zu setzen: Mit Szenekleidung von Nazis ist in Nürnberg auf Dauer kein Geschäft zu machen.“

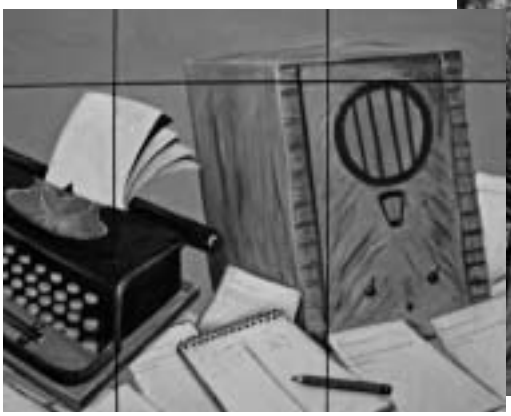
Damit ist der Fall noch nicht ganz zu Ende. Schneeweiß: „Es ist nicht auszuschließen, dass der Laden sich nun in Nürnberg eine für ihn ‚freundlichere‘ Lage anmietet. Daher mahnen wir Nürnberger Vermieter weiterhin zur Vorsicht bei entsprechenden Anfragen von Bekleidungsgeschäften. Wir werden bis zum endgültigen Aus des Ladens weiter vor Ort präsent sein. Schließlich wollen wir jenen auch das Weihnachtsgeschäft nicht gönnen“.

Quelle: „Aktiv + Gleichberechtigt Nov/Dez 2010“ ■

Die Mörder wurden nie bestraft ...

Hamburg. Am 14. November wurde an einer Schule in St. Georg ein großes Wandgemälde für Helmuth Hübener eingeweiht. Die Schule steht an der Kreuzung Kirchenweg / Helmuth-Hübener-Gang. Das Gemälde von Hildegund Schuster zeigt das bekannte Bild von Helmuth Hübener, Rudolf Wobbe und Karl-Heinz Schnibbe, dann ein Gruppenbild von Hübeners Mormonen-Gemeinde, den Eingang zu Hübeners Arbeitsstelle Bieberhaus und Hübeners Todesurteil. Unten sind die Schreibmaschine, ein Radio und Flugblätter abgebildet.

Hübener und seine Gruppe hatten BBC London abgehört und die Nachrichten auf Flugblättern verbreitet. Am 27. Oktober 1942 wurde Helmuth Hübener im Alter von erst 17 Jahren in Berlin-Plötzensee enthauptet. Der frühere Hamburger Bürgermeister Ortwin Runde berichtete, dass er im Bieberhaus in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofs gearbeitet habe, im gleichen Haus, wo auch Helmuth Hübener zum Verwaltungslehrling ausgebildet wurde. Alljährlich werden am 27. Oktober an der dortigen Gedenktafel für Helmuth Hübener Blumen niedergelegt.



Ausschnitte aus dem Wandbild von Hildegund Schuster

Ulrich Sander, Buchautor über Hübener, referierte über die Arbeit der Hamburger Geschwister-Scholl-Jugend, die vor rund fünfzig Jahren begonnen hatte, den Widerstand der Hübener-Gruppe und der „Weißen Rose Hamburg“ um Hans Leipelt zu erforschen. Damals sei es sehr schwierig gewesen, an die Akten heranzukommen, weil die Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Gestapo-Leute, die Hübeners Leben auf dem Gewissen hatten, noch lebten. Sander forderte, dass der NDR endlich eine Fernsehdokumentation über die Hübener-Gruppe erstellt. Außerdem forderte er den Bundesgerichtshof auf, sich zu entschuldigen, weil dieser nach 1945 Hübeners Todesurteil gerechtfertigt hatte. Von der Hamburger Tagespresse, die fast ganz vom Springer-Konzern beherrscht wird, wurde die Einweihung des Kunstwerks totgeschwiegen.

hjm ■

Rede von Ulrich Sander am 14. November:

Vor 50 Jahren begann die Geschwister Scholl Jugend in Hamburg damit, das Schicksal der Widerstandsgruppe um Helmuth Hübener zu erforschen. Die hier anwesenden Mitglieder Traute Sander, Harald Schmidt und ich waren dabei. Man hat es uns nicht leicht gemacht. Akteneinsicht wurde verweigert, es hätten ja Namen von noch lebenden Nazis bekannt werden können. Die Anerkennung unserer Bemühungen und unserer Gruppe als förderungswürdig wurde ebenfalls verweigert, die Geschwister Scholl Jugend galt als Jugendgruppe der damals in Hamburg verbotenen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), heute VVN-BdA. Wir waren eine Gruppe von Kindern ehemals Verfolgter und von Widerstandskämpferinnen und -kämpfern. Und wir ließen uns nicht entmutigen. Die Einweihung dieses Wandbildes sehen wir als Krönung unserer Bemühungen über so viele Jahre an. Wir danken Herrn Dr. Bösche und der Künstlerin Hildegund Schuster. Wir danken der Wolgast-Schule, deren Wand nun das Kunstwerk ziert. Wenn nun auch das deutsche Fernsehen endlich das Schweigen über die mutige Gruppe um Helmuth Hübener – Rudolf Wobbe, Karl Heinz Schnibbe und nicht zu vergessen Gerhard Düwer sowie viele, die zum Glück unerkannt blieben – brechen würde, das wäre nicht zu fassen. Schon seit Jahren schlage ich Fernsehsendern vor, über Hübener eine Dokumentation zu produzieren, aber immer kommen Antworten wie: Wir hatten doch gerade den 20. Juli.Vielleicht gibt dieses Wandbild nun einen neuen Anstoß. Das Wandbild ist ja das älteste Medium der Menschheit, vielleicht hilft es den modernsten Medien auf die Sprünge.

Wichtig wäre jetzt auch, dass sich der Bundesgerichtshof entschuldigt, der die Untat an Hübener rechtfertigte – es sei ja Landesverrat gewesen und der Denunziant habe ja so handeln müssen wie er handelte in seiner Notlage. Mit dieser Begründung wurde ein Urteil gegen Heinrich Mohns, den Reichsarbeitsdienstobmann im Bieberhaus, Helmuth Hübeners Arbeitsplatz als Verwaltungslehrling, aufgehoben. Und so wurde niemand bestraft, der des Mordes an Helmuth schuldig war.

Späte Einsichten gibt es auch heute, so zeigt es sich mit der Herausgabe von „Das Amt und die Vergangenheit“ über das Naziaußenministerium. Da sollte es endlich auch eine Einsicht des Bundesgerichtshofes geben. Späte Einsichten sind besser als keine Einsichten. Dieses Wandbild möge nun weltweit bekannt werden. Es möge zeigen: Hier gab es junge Menschen, die über die Verbrechen wussten und dagegen angingen. Ihre Gnade der späten Geburt haben sie nicht in Anspruch genommen. Mein Vorschlag ist, das Wandbild auf viele T-Shirts zu übertragen, das Porträt von Helmuth Hübener auf Buttons und auf Web Sites aufzuzeichnen – so wie das berühmte Porträt von Che Guevara.

Wenn junge Leute heute gegen Krieg und Nazis protestieren, so soll ihnen die Losung von Helmuth Hübener aus einem seiner Gedichte helfen: „Es wird sich entscheiden, wenn alles sich rührt!“

Ulrich Sander (VVN-BdA, Autor von „Jugendwiderstand im Krieg – die Helmuth Hübener Gruppe“) ■

BLOC IDENTITAIRE
Le réveil des identités

Anti-Islam Kongress in Paris

Der Bloc identitaire will am 18. Dezember 10 in Paris eine veritable Querfront-Veranstaltung mit internationalem Anspruch abziehen. Darunter finden sich aktivistische Rechtsextreme; ein durch antisemitische Auslassungen aufgefallener französischer Schriftsteller; ein führender Schweizer Rechtspopulist und ein militant homophober Abgeordneter aus Nordfrankreich. Auch der in Köln lebende Schriftsteller und Holocaustüberlebende Ralph Giordano möchte sich dabei auf Abwege begeben, sofern er sich nicht doch noch eines Vernünftigeren besinnt.

Der ‚Bloc identiaire' ist eine aktivistische, ferner auch gewaltbereite Vereinigung der extremen Rechten in Frankreich. Auf einem seiner Plakate – das am 13. Oktober 2010 in Paris verklebte wurde – forderte der „Block" etwa, „jeder Weiße unter 30" müsse lernen, sich (bewaffnet) „verteidigen zu können", damit er „nicht zur Beute" werde. Er blieb bislang außerparlamentarisch und war auch strategisch weniger auf Wahl- und Parlamentsbeteiligung fixiert als etwa die Wahlpartei Front National; doch hat er sich im Oktober 2009 offiziell in eine politische Partei umgewandelt.

Innerhalb der „bewegungsorientierten" extremen Rechten ist er jedoch seit einigen Monaten gewissen Anfeindungen ausgesetzt. Vor allem aus den offen antisemitischen Flügeln & Fraktionen der französischen extremen Rechten hallt es ihm „Verräter, Verräter!" entgegen, seitdem der „Block" im Jahr 2009 offiziell dem Antisemitismus abschwor. Seine Vorläuferorganisation, die im August 2002 verbotene Gruppierung Unité Radicale, als deren Ersatz der „Block" offiziell am 6. April 2003 in Nizza gegründet wurde, war strikt antisemitisch ausgerichtet gewesen.

In jüngerer Zeit hat der Bloc identitaire einen gewissen Erfolg dabei, an neuartigen Querfronten – im Namen des Kampfs gegen „die Islamisierung Europas" – zu schmieden. Insbesondere an der Seite der, von islamfeindlichen Lehrern und teilweise Ex-Linken betriebenen, Internetpublikation ‚Riposte Laïque'. Ihr Name bedeutet ungefähr: „Die Laizisten schlagen zurück", wobei sich ihr Säkularismus fast ausschließlich im Kampf gegen den Islam und moslemische Einwanderer erschöpft. Führende Protagonisten von ‚Riposte Laïque', unter anderem ihre Galionsfigur Pierre Cassen, haben mehrfach Sympathien für Marine Le Pen bekundet. Hat doch diese eine gewisse „Modernisierung" und „Entstaubung" der extremen Rechten (nebst einer Konzentration auf die „soziale Frage") in Angriff genommen, welche unter anderem den offenen Antisemitismus sowie positive Bezüge auf den historischen Faschismus und vor allem Nazismus verbannen soll. Um die Attacken auf Einwanderer – ohne, aber vor allem mit „islamischem" Hintergrund – zu konzentrieren, nimmt Marine Le Pen dabei auch Worte wie „Laizismus" und „Republik" in den Mund, die für die ältere Generation der extremen Rechten in Frankreich noch Quasi-Tabubegriffe gebildet hatten. Nur dreht sie ihren Bedeutungsgehalt dabei selbstverständlich um. „Laizismus" bedeutete historisch: Der Staat muss religiös und weltanschaulich neutral bleiben, die Gesellschaft ihrerseits ist es nicht unbedingt. Heute wird es hingegen zu einer Anforderung, die der Staat an die „nicht integrierten" und „zurückgebliebenen" Minderheiten (besonders die Moslems) richtet, uminterpretiert. Von Marine Le Pen ebenso wie durch ‚Riposte Laïque', aber auch bürgerliche „Ausländerpolitiker".

‚Riposte Laïque' und einige ihrer Vorfeldgruppierungen, wie die Pseudo-Initiative ‚Résistance Républicaine' von Christine Tasin, riefen im Juni 2010 Seite an Seite mit dem Bloc identitaire dazu auf, am 18. Juni ein Trink- & Essgelage unter freiem Himmel mit Rotwein und Schweinefleisch abzuhalten. Dieses sollte im 18. Pariser Bezirk – einem Stadtteil mit hohem Einwandereranteil – in unmittelbarer Nähe einer Moschee stattfinden. Die in den Mittelpunkt gerückten Viktualien sollten dafür sorgen, dass (gläubige) Moslems unbedingt ausgeschlossen bleiben mussten; jüdische Menschen übrigens auch, selbst wenn dies in dem Falle mutmaßlich nicht die Hauptintention war. Die geplante „Provokation" wurde drei Tage zuvor durch die Pariser Polizeibehörden untersagt, eine angekündigte antifaschistische Demonstrationen allerdings auch gleich mit.

Vier mal als Co-Veranstalter auftauchend: Der Bloc identitaire

Am 18. Dezember ist der Bloc identitaire gleich vier mal als offizieller Mitveranstalter eines europaweiten Kongresses zum Thema „Islamisierung unserer Länder" (Europas) vertreten, der in Paris stattfinden wird bzw. soll.[1] Dagegen wird es jedoch voraussichtlich noch massive Proteste geben – hoffen wir's...

Vertreten ist er dort erstens unter seinem eigenen Namen, als „Identitärer Block". Zum Zweiten und zum Dritten in Gestalt der ihm unmittelbar nahe stehenden Medien Novopress – eine „Nachrichtenagentur", eine Art von rechter Alternative zu Indymedia – sowie Rebelles.info, eine Webpage, deren Redaktion erklärtermaßen am Kongress der „Identitären" im Oktober 2009 in Orange teilgenommen hat. Viertens ist der „Block" durch die Vereinigung Solidarité des Français („Solidarität unter Franzosen", abgekürzt SDF – also dasselbe Kürzel wie für ‚sans domicile fixe' oder „Obdachlos") vertreten. Bei dieser Vereinigung handelt es sich, laut der französischen Ausgabe von Wikipedia und ihrem Eintrag zum ‚Bloc identitaire', um eine „Nebenstruktur" (structure connexe) des „Blocks". Solidarité des Français ist jene Gruppierung, die alle Jahre wieder im Winterhalbjahr ihre „Schweinesuppe" (Soupe au cochon) unter freiem Himmel an Bedürftige anbietet – deren grundsätzlich aus Schweinefleisch bestehende Einlage „Fremdstämmige", jedenfalls sofern sie Moslems oder Juden sind, schon fernhalten wird. Ihre Verteilung ist mehrfach durch Gerichte als „bewusst diskriminierend" verboten worden, und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat dieses Verbot im Juni 2009 auch als rechtmäßig erklärt. Dennoch hat die diesjährige Verteilaktion in Paris schon wieder begonnen...

Zum Fünften taucht der „Block" unter den angekündigten Redner/inne/n noch durch eine weitere seiner Satellitenstrukturen (ausweislich ihrer Qualifizierung als solche durch Wikipedia, aber auch der inhaltlichen Ausrichtung ihrer Arbeit) auf. Es handelt sich um ‚Solidarité Kosovo', eine rechtsextreme Vereinigung, die die Serben im Kosovo unterstützt – unter der ideologischen Prämisse, dass in dem frisch unabhängig gewordenen Kleinstaat „christliche Serben durch Albaner, d.h. Muslime" verfolgt würden. Und „dass es uns auch bald ähnlich ergeht, wenn wir die muslimische Immigration in Frankreich weiterhin wie bisher zulassen". Ein Repräsentant dieser Gruppierung, Arnaud Guillon, ist als Redner angekündigt.

Ausgerichtet wird der geplante Kongress daneben auch durch Riposte Laïque und einige von deren Vorfeldgruppierungen, wie Résistance Républicaine. Als Starredner auf dem Programm stehen u.a. Fabrice Robert, Chef des Bloc identitaire und früherer Kommunalparlamentarier des FN in Nizza, und Oskar Freysinger – der eidgenössische Rechtspopulist, der das Schweizer Referendum zum Minarettverbot vom 29. November 2009 ebenso wie das (ebenfalls erfolgreiche) Referendum gegen „kriminelle Ausländer" vom 28. November 2010 lanciert hatte. Freysinger ist Abgeordneter der, verschiedene Schattierungen der Rechten abdeckenden, Schweizerischen Volkspartei (SVP) im Schweizer Nationalrat.

Angekündigt als Redner ist ferner der französische Schriftsteller Renaud Camus.

Hitlers Bandenkampfabzeichen noch immer beim Bund erlaubt

Guttenbergs Verordnung neuer Kampforden für die Bundeswehr

Wie um den Tucholsky-Satz „Soldaten sind Mörder“ zu bestätigen, ruft Bundesminister K. T. zu Guttenberg zu weiterem mörderischen Handeln auf. Er nennt dies „Armee im ständigen Einsatz“. Wer dabei ist, bekommt einen Orden! AFP meldete kürzlich: „Die Sonderstufe der Einsatzmedaille der Bundeswehr soll demnächst an jene Soldaten verliehen werden, die ‚mindestens einmal aktiv an Gefechtshandlungen teilgenommen oder unter hoher persönlicher Gefährdung terroristische oder militärische Gewalt erlitten haben.‘“ „Erleidet“ da sonst niemand etwas? Die Sprache solcher Ordensverleihungsanordnungen hat eine lange Tradition.

Nicht nur die nach Wehrmachtskriegern benannten Kasernen stehen für eine Renaissance der Helden des Vernichtungskriegs im westdeutschen Nachkriegsstaat und der Würdigung der „Helden“. Um die alten Kader wieder in die neue Armee zu integrieren und die Massen der ehemaligen Wehrmachtssoldaten als Wähler zu ködern, wurden schon früh die Orden, die von 1939 bis 1945 an Soldaten verliehen wurden, wieder zugelassen.

General unter Hitler und Adenauer war Hans Röttiger, der im November 1945 dem Nürnberger Alliierten Kriegsverbrechertribunal mitteilte: Er sei zu der Erkenntnis gekommen, *„dass die Bandenbekämpfung, die wir führten, im Endziel den Zweck hatte, den militärischen Bandenkampf des Heeres dazu auszunutzen, um die rücksichtslose Liquidierung des Judentums und anderer unerwünschter Elemente zu ermöglichen.“*

Für die Teilnehmer am Bandenkampf, also am massenhaften Vernichten der Juden und Kommunisten, stifteten Hitler und Himmler das Bandenkampfabzeichen. Dieses Abzeichen durfte in der Bundeswehr getragen werden, es mussten nur Hakenkreuz und Totenkopf entfernt werden. An diesen Skandal wie auch an den der hohen Pensionszahlungen an die SSler im In- und Ausland erinnerte die VVN-BdA.

vorher: Von Hitler verliehenes Bandekampfabzeichen.

nachher: Unter Adenauer wieder zugelassenes und leicht verändertes Bandenkampfabzeichen.

Wer sich bei Kriegsverbrechen schuldig gemacht hat, der soll seine Opferrente verlieren, beschloss dann 1998 der Bundestag, u.a. nachdem die VVN-BdA es gefordert hatte. Doch dann geschah nichts, weil nämlich unklar blieb, wie die Täter zu finden sind. Denn von deutschen Gerichten waren ja keine Wehrmachtsangehörigen je belangt worden.

Die VVN-BdA schlug vor, zumindest allen Trägern des Bandenkampfabzeichens und ähnlicher Orden für Massenmörder die Opferrente zu nehmen und gegen sie zu ermitteln und mit den Ermittlungen die Ludwigsburger Zentralstelle zu beauftragen. Was wurde daraus? Nicht viel. Die Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechern teilte mit, sie sei personell zu schwach, um zu handeln. In Ludwigsburg gab es inklusive Kraftfahrer und Reinigungskräfte nur 25 Mitarbeiter. (Zum Beispiel bei der Stasiunterlagenbehörde sind es 3.400 Planstellen.)

Und mit dem Bandenkampfabzeichen von vor und nach 1945 wurde und wird schwunghafter Ebay-Handel getrieben, wenn nicht die hochbetagten Träger damit noch immer herumstolzieren. Und zwar mit Genehmigung einer gültigen Verordnung des Bundesinnenministeriums und des Bundespräsidenten.

Ulrich Sander ■

Er war in der Vergangenheit eher durch elitären Dünkel sowie durch antisemitische Passagen in seinem Buch ‚La campagne de France‘ aufgefallen, das aus diesem Grunde am 21. April 2000 aus dem Handel zurückgezogen werden musste[2]. Renaud Camus hatte im Jahr 2000 eine eigene „Partei“ gegründet, unter dem Titel Parti de l’in-nocence[3] (mit Bindestrich; der Name beruht auf einem Wortspiel: innocence bedeutet „Unschuld“, aber nocence so viel wie „Schädigung“ und das Wort mit Bindestrich deswegen ungefähr „Un-Schädigung“). Auch diese „Partei“, die vor allem aus ihm selbst besteht dürfte, firmiert unter den offiziellen Veranstaltern.

Nicht sehr viel sympathischer ist der konservative Abgeordnete aus Nordfrankreich, Christian Vanneste, der bislang noch „unter Vorbehalt“ als Redner angekündigt wird. Vanneste fiel mehrfach durch homophobe Äußerungen auf, für welche er auch im Jahr 2007 gerichtlich verurteilt wurde, doch der Oberste Gerichtshof hob 2008 die Verurteilung aufgrund von Rechtsfehlern wieder auf. Am 30. April 2010 rückte Vanneste auf seinem Blog Homosexualität in die Nähe von Pädophilie (Kinderschändung). Derselbe Abgeordnete sprach sich im Oktober 2010, in einer viel beachteten Äußerung, für ein Bündnis der bürgerlichen Rechten mit dem Front National aus[4].

Aber auch ein algerisch-berberischer Dichter (Halim Akli) – der wie viele Berber im Lande die seiner Minderheit aufgezwungene arabisch-muslimische „Leitkultur“ in Algerien ablehnt –, mindestens zwei französische Gewerkschafter und der deutsche pro-israelische Schriftsteller Ralph Giordano stehen mit auf dem Programm. Offenkundig sind die Rechtsextremen beim Thema Kampf gegen den Islam nicht so stark von anderen Kräften isoliert, wie sie es beim Thema Antisemitismus bleiben. Allerdings ist für mehrere der soeben genannten Redner nicht klar, inwiefern sie über den tatsächlichen Charakter der Initiative auf dem Laufenden waren oder sind. Was motiviert ihre Teilnahme wirklich? Anti-muslimischer Rassismus, Senilität oder Unwissenheit über die Hintergründe der Veranstalter? Nur eine klare Abgrenzung von den faschistischen Co-Organisatoren und eine Absage würde Klarheit verschaffen können...

Bernhard Schmid, Paris ■

In der nächsten Ausgabe werden wir über diese Veranstaltung berichten. Dabei ist u.a. von hohem Interesse, für welche Inhalte die beiden als Redner angekündigten französischen Gewerkschafter stehen. Beide gehören dem populistisch-schillernden Gewerkschaftsdachverband Force Ouvrière (FO) – dem drittstärksten Gewerkschaftsverband in Frankreich, mit einer spürbaren rechtsextremen Minderheit in seiner Anhängerschaft – an. So viel sei schon verraten: Einer der beiden auf dem Programm stehenden Gewerkschaftsredner hielt am 28. Oktober dieses Jahres einen Vortrag in einem neofaschistischen Lokal im 15. Pariser Bezirk – zum Thema: „für ein nationales, solidarisches und patriotisches Gewerkschaftertum“...

1 Vgl. den Aufruf dazu (u.a.) an dieser Stelle: http://www.actionsita.com/article-18-decembre-tout-savoir-sur-les-assises-internationales-sur-l-islamisation-de-nos-pays-61765400.html

2 Vgl. einen Artikel von damals (vom Autor dieser Zeilen): http://jungle-world.com/artikel/2000/26/27529.html

3 Vgl. ebenfalls einen zeitgenössischen Artikel (vom Verfasser diéser Zeilen): http://jungle-world.com/artikel/2002/35/23366.html

4 Vgl. dazu unter anderem folgenden Artikel: http://www.lavoixdunord.fr/Locales/Tourcoing/actualite/Secteur_Tourcoing/2010/10/22/article_christian-vanneste-favorable-aux-allianc.shtml

Die „Affäre Venussia Myrtil“

und die scharfmacherischen Gegner der Chefkandidatin Marine Le Pen

Das Böse hat Namen und Anschrift. Genauer, in diesem Falle hat es nicht einen, sondern zwei Namen. Bei ihrem Ertönen schreien einige Ultrakatholiken und Anhänger der französischen extremen Rechten laut auf, und in den letzten Wochen verdichtete sich ihr Unbehagen zu einer intensiven Kampagne.

Der erste Name lautet Venussia Myrtil. Die junge Frau[1], eine métisse, also Französin mit schwarzen und weißen Vorfahren, war bis vor kurzem der Öffentlichkeit vollkommen unbekannt. Aufmerksam auf sie wurden Beobachter erst im September dieses Jahres durch ein Interview, das die Webseite Riposte Laïque (ungefähr: „Die Laizisten schlagen zurück“) mit ihr führte und veröffentlichte[2]. Riposte Laïque wird von Personen produziert, die angeblich oder tatsächlich früher zur Linken gehörten, aber durch ein bestimmtes Laizismusverständnis in ein rassistisches Fahrwasser abdrifteten. Den Laizismus verstehen sie als eine Art säkularer Staatsreligion, die es der Gesellschaft aufzuzwingen gilt, was vor allem die Abwehr von Einwanderern – insbesondere aus muslimisch geprägten Ländern – zur Konsequenz haben müsse. Ihr Hauptanimateur, Pierre Cassen, erklärte im Frühsommer 2010 seine offene Unterstützung für Marine Le Pen, die aussichtsreiche Anwärterin auf den Parteivorsitz des Front National (FN) vor dem Kongress im kommenden Januar.

Aus Sicht der Internetpublikation zählt Venussia Myrtil zu jener neuen Zielgruppe für die islamfeindliche „Bewegung“, aus der es Aktivisten zu rekrutieren gilt. Und dies nicht nur aufgrund ihrer familiären Abstammung. Myrtil ist Ende August 10, anlässlich der Sommeruniversität des FNJ – der Jugendorganisation des FN –, erstmals an der Seite von Marine Le Pen und als Mitglied der rechtsextremen Partei aufgetreten.

Laut eigenen Angaben gehörte sie früher, als Oberschülerin, jedoch kurzzeitig der „Neuen Antikapitalistischen Partei“ – dem NPA – an, einer undogmatischen und ex-trotzkistischen Partei der radikalen Linken. Jedoch, so führt sie in dem Interview aus: „Ich habe ein bisschen Soziologie studiert, und dort bringt man uns bei, dass der Begriff der ‚sozialen Klasse‘ gemäß Karl Marx heute nicht mehr existiert, weil es keinen wirklichen Klassenkampf mehr gibt.“

Anscheinend glaubte die junge Frau diesen plattitüdenhaften, freilich gesellschaftlich verbreiteten, Unfug aufs Wort – und bekehrte sich eilends zu anderen Ideologien. Etwa jener der Nation: „Die Leute vom NPA, die Kommunisten, sind sehr internationalistisch. Und das kann nicht wirklich einen sozialen Sinn haben. Denn dafür, dass es jemandem gut geht, muss diese Person Arbeit haben. Und man kann nicht zu den Franzosen sagen: Ja, wir werden internationalistisch sein, alle Waren werden aus China kommen, und Ihr werdet im Elend leben. Das ist nicht möglich. Das ist unlogisch. Man muss auch an unsere Landsleute denken, und das, das ist wirklich sozial, weil man sie gleichzeitig arbeiten lässt.“

Venussia Myrtil ist vor allem eine politisch verwirrte Person, die von einem Pol des politischen Spektrums zum anderen schwenkt. Beim FN glaubt sie jetzt einen Familienersatz gefunden zu haben. Da Teile der Partei darum bemüht sind, ihr Erscheinungsbild zu modernisieren, wurde sie in die Bezirksleitung ihrer Jugendorganisation FNJ im Raum Versailles gehievt. Wie am 25. November 10 bekannt wurde, hat die rechtsextreme Partei nun Vénussia Myrtil zudem als eine ihrer Kandidatinnen für die Bezirksparlamentswahlen im März 2011 aufgestellt[3].

Dies wiederum ruft bei anderen Anhängern der extremen Rechten geradezu Tobsuchtsanfälle hervor. Etwa bei dem 37-jährigen Jérôme Bourbon, seit März dieses Jahres Direktor der altfaschistischen Wochenzeitung Rivarol. Diese Zeitung, benannt nach einem französischen Konterrevolutionär, der 1801 im Berliner Exil starb, sammelt seit 60 Jahren den harten Kern der Vichy- und Nazi-Nostalgiker. Jean-Marie Le Pen gewährte ihr im Januar 2005 ein Aufsehen erregendes Interview, in dem er die nazideutsche Besatzung in Frankreich als „nicht besonders inhuman“ bezeichnete. Seine Tochter hatte sich damals für mehrere Monate von allen Parteiämtern zurückgezogen, „um zu überlegen“, denn solche Geschichtsbewertungen hält sie für ungeeignet, positiv zur Zukunft der „nationalen Rechten“ beizutragen.

Am 11. November 10 trat Bourbon mit viel Schaum vor dem Mund auf einem Kongress der „Dissidenten“ der extremen Rechten, die gegen den Aufstieg von „Cheftochter“ Marine Le Pen opponieren, in Paris auf. Die Veranstaltung versammelte vor allem die Anhänger von drei Splitterparteien, die sich in der Vergangenheit vom FN abgespalten hatten: des 1999 gegründeten Mouvement national républicain (MNR) – der früheren Partei von Bruno Mégret, an deren Spitze heute Annick Martin steht –, der 2008 entstandenen Nouvelle Droite Populaire (NDP, „Neue Rechte der kleinen Leute“) unter Robert Spieler und des 2009 gegründeten Parti de la France (PdF) von Carl Lang. (Vgl. AN 23/2010)

Der zweite Ausdruck des Bösen...

Auf dem Treffen am 11. November brachte Bourbon den Saal zum Toben und Geifern, als er etwa ausführte: „Marine Le Pen und Vénussia Myrtil, das ist die Shoah und die Gay Pride!“ – weil Erstere gegen die Verbreitung von Thesen der Auschwitzleugner eintritt, und Letztere in ihrem Eintrag auf Facebook auch für Filme gegen Homophobie wirbt. „Marine Le Pen weiß, wo die Macht sitzt“, redete Bourbon sich mit stockendem Atem und bebender Stimme in Rage, „auch in ihrem Privatleben. Sie lebt mit dem Juden Louis Aliot in wilder Ehe zusammen!“ Der 41-jährige Aliot war bis vor kurzem Generalsekretär des FN und leitet jetzt den innerparteilichen Wahlkampf der Cheftochter. Der Saal brauste auf. „Die jüdischen Medien unterstützen Marine Le Pen“, fügte der Redner hinzu, „weil sie wissen, dass mit ihr dem Nationalismus die Glieder gebrochen wären!“

Marine Le Pen und Venussia Myrtil

Vor einigen Tagen bezeichnete der Ultrakatholik sie gegenüber ‚Le Monde‘ gar als „Dämon“. Jean-Marie Le Pen erwiderte daraufhin, Bourbon sei „ein hysterischer Taliban“, seine Tochter hatte schon zuvor Strafanzeige gegen ihn erstattet. Sein jüngst gestelltes Beitrittsgesuch zur Partei, um für den Kongress mit abstimmen zu können, wurde abgelehnt, doch ließ er laut eigenen Angaben „meine Ehefrau beitreten“.

Gollnisch: mit „Radikalen“, aber bitte ohne ‚Rivarol‘

Rivarol ist dabei derart radikal im Auftreten, dass es sogar Gollnisch – der eine Reihe offener Antisemiten in seinem Wahlkampfstab hat, wie Yvan Beneditti, Doppelmitglied beim FN und der faschistischen Splittergruppe Oeuvre française[4] - zu viel geworden ist. Am Samstag, den 13. November versammelte er in Villepreux bei Versailles rund 700 Anhänger, unter ihnen auch Gastredner von „Bruderparteien“ wie Andreas Mölzer von der FPÖ. Rivarol aber wurde gebeten, der Veranstaltung fernzubleiben[5]. Aus taktischen Gründen, weil die Umgebung Gollnischs fürchtet, die Zeitung werde ihm politischen Schaden zufügen. Nicht allerdings, weil Bruno Gollnisch inhaltlich gar zu gravierende Differenzen hätte.

„Der stählerne Wille von Einigen wird über die stumpfe Masse triumphieren...“

Auf der Veranstaltung sprach Gollnisch sich etwa für die Abschaffung der Loi Gayssot aus, des Gesetzes, das seit 1990 die Auschwitzlüge unter Strafe stellt. Und im Namen der „Jugend für Gollnisch“ hielt eine hübsch herausgeputzte Jungfaschistin – Marie-Automne Peyregne aus Nizza – eine Laudatio auf den Kandidaten, die eine historische Referenz nach der anderen zitierte. Etwa Alexis Carrel, Nobelpreisträger aus dem Jahr 1912, der aufgrund seines aktiven Eintretens für Euthanasie heutzutage eher verpönt ist. Oder die beiden antisemitischen und präfaschistischen Nationalisten Maurice Barrès, Schriftsteller im späten 19. Jahrhundert, und Charles Maurras, Chef der militant-nationalistischen Bewegung ‚Action française‘ aus dem frühen 20. Jahrhundert. Die junge Hardlinerin stellte klar, dass ihr Eintreten für den Kandidaten nicht damit zusammenhänge, dass sie für innerparteiliche Demokratie „nach dem Vorbild derer, die wir jeden Tag erleiden“ eintrete. Denn diese Demokratie bedeute „die Tyrannei der (großen) Zahl“, die sie offenkundig explizit ablehnt – während das ewige Frankreich „durch aktive Minderheiten sowie durch eine Mehrheit von Waschlappen, Unbewussten und Feiglingen“ fortlaufend „geschädigt“ werde. Und sie fügte hinzu: „Der stählerne Wille von Einigen wird über die Masse der Ohnmächtigen triumphieren.“[6] Selten in den letzten Jahren hielt jemand in der Öffentlichkeit eine faschistische Rede in so engem Sinne. Peyregne, Tochter eines örtlichen Honoratioren, hatte bei der Kommunalwahl 2008 in Nizza auf dem dritten Listenplatz für den FN kandidiert.

Die Splitterparteien, in denen sich jene Kader sammeln, die in den letzten Jahren dem FN wegen seiner ideologischen „Aufweichung“ unter dem Einfluss Marine Le Pens den Rücken kehrten, setzen auf eine Doppelstrategie. Entweder soll Bruno Gollnisch gewinnen, und ihre Mitglieder könnten zum FN zurückkehren. Oder aber – was wahrscheinlicher ist – Marine Le Pen trägt den Sieg davon, und sie werden versuchen, einen Block der „Aufrechten“ am Rande oder außerhalb der Partei zu schmieden.

Robert Spieler definiert die Rechte, die es seiner Auffassung nach „wieder aufzubauen“ gelte, als „nationalistisch, europäisch und identitär“. Letzterer Begriff bedeutet eine Abgrenzung von Rechts her gegen den Nationenbegriff: Eine afrikanische Familie könne, so lautet die klassische Herleitung, die Staatsbürgerschaft erwerben und dadurch als Franzosen gelten – aber niemals „als Bretonen, Elsässer oder Basken“. Deswegen müsse die, an den Staat gekoppelte, nationale Dimension stets an die regionale „Einwurzelung“ geknüpft werden.

Als Erstes hat diesen Begriff des „Identitären“ die außerparlamentarische rechtsradikale Aktivistentruppe des Bloc identitaire aufgebracht. Heute beanspruchen mehrere Kräfte auf der extremen Rechten den Begriff für sich (bspw. die NDP, als deren Sprecher Robert Spieler firmiert), was bisweilen zu inhaltlichen Verwirrungen führt. Denn die Wege der explizit antisemitischen rechten Kräfte einerseits und des offiziell im April 2003 gegründeten „Blocks“ andererseits trennen sich in jüngster Zeit. Besonders, seitdem der Bloc identitaire im Herbst 2009 erklärt hat, er lehne sowohl den Antisemitismus als auch den Antizionismus strikt ab, und zudem sei er „nicht rechtsradikal, sondern populistisch“[7].

Die Anführer des „Blocks“ – dessen Vorläuferorganisation, die 2002 verbotene Unité Radicale, vehement antisemitisch war[8] – glauben, dadurch größeren Erfolg haben zu können. Aber in anderen Teilen der extremen Rechten werden sie angefeindet. Es gibt inzwischen sogar eine eigene Webseite unter dem spöttischen Titel ‚La Vérité sur les Zid‘ („Die Wahrheit über die Ids“, unter Benutzung einer bewusst schlecht ausgesprochenen Abkürzung für Les identitaires, mit „herübergezogenem „–s“). Auf ihr wird diese Strömung als an die Juden verkaufte Agententruppen innerhalb der extremen Rechten präsentiert. *Bernhard Schmid, Paris* ■

1 Vgl. ihr Profil hier: http://www.facebook.com/VenussiaPeace

2 Vgl. http://www.ripostelaique.com/Venussia-Myrtil-ou-comment-une.html

3 Vgl. dazu http://www.mediaseine.fr/Cantonales-2011-Le-Front-National-02254

4 Yvan Benedetti, der im Juni 2010 die berüchigte antisemitische Fälschung aus dem frühen 20. Jahrhundert – ‚Die Protokolle der Weisen von Zion‘ – als «vorausweisendes Dokument» bezeichnete, firmiert derzeit als Kampagnenleiter des innerparteilichen Wahlkampfs von Bruno Gollnisch. Zudem ist er einer von beiden Gesellschaftern des im Mai 2010 angemeldeten Kleinverlags SNEP, der jüngst Bruno Gollnischs «nationales Manifest» in Buchform (unter dem Titel ‚Une volonté, un idéal‘, also «Ein Wille, ein Ideal») veröffentlicht hat. Der Kleinverlag hat in Lyon dieselbe postalische Adresse wie der Internetauftritt von ‚Œuvre française‘. Yvan Benedetti gehörte diéser extrem antisemitischen Splittergruppe formell bis zum 1. August dieses Jahres an und war inoffiziell die «Nummer Zwei in ihrer Hierarchie. Vgl. http://droites-extremes.blog.lemonde.fr/2010/11/26/qui-edite-le-livre-de-bruno-gollnisch/

5 Angekündigt war lediglich ein Infostand der im selben Haus erscheinenden, nur per Abonnement vertriebenen Monatszeitschrift ‚Ecrits de Paris‘. Letztere Publikation erscheint seit 1944 und war zunächst der Vorläufer der Wochenzeitung ‚Rivarol‘, bevor diese im Jahr 1952 dann hinzu kam und rasch mehr Platz einnahm. Beide Publikationen haben nach wie vor dieselbe Verlags- & Redaktionsadresse und ergänzen sich gegenseitig, wobei die Monats- im Windschatten der Wochenzeitung steht. Auf dem Infotisch lag ‚Rivarol‘ dann aber ebenfalls aus. Laut einem Bericht französischer Journalisten (vgl. http://www.streetpress.com/sujet/1239-fn-a-la-fete-des-patriotes-bruno-gollnisch-entoure-de-skinheads-fait-la-promo-de-son-appli-iphone-et-rend-hommage-a-petain) war Jérôme Bourbon – der zwischendurch kurzzeitig aufkreuzte – jedoch gebeten worden, sich persönlich zu halten. Um den anderen Flügel des FN, der seine Anwesenheit als Provokation betrachtet hätte, nicht allzu stark zu provozieren.

6 Die Rede von Marie-Automne Peyregne am 13. November (unter der Überschrift: «Gollnisch, l’honneur et la fidélité») findet sich unter anderem auf der Webseite der ‚Jeunes pour Gollnisch‘ sowie auf jener des Antisemiten Marc George: medialibre.eu. – Marc George war früher ein Vertrauter der rot-bräunlichen Möchte-Gern-Antisemitenführer Alain Soral und Dieudonné M’bala M’bala, der mit ihnen seit circa 2006 an einer querfrontähnlichen Alternative zum FN bastelte, sich jedoch mit dem (angeblichen) «Marxisten und Nationalisten» Soral seit Februar 2010 tödlich verkracht hat (vgl. http://droites-extremes.blog.lemonde.fr/2010/02/16/rien-ne-va-plus-a-egalite-et-reconciliation/). Marc George hat sich also von den Antisemiten und vorgeblichen betonten «Moslemfreunden» Dieudonné & Alain Soral abgewandt – und wurde zum Unterstützer des eher sehr traditionellen Rechtsextremen Bruno Gollnisch. Seine Webseite dient als eines der wesentlichen Propagandamedien im innerparteilichen Wahlkampf Bruno Gollnischs.

7 Diese Positionen bezog der ‚Bloc‘ auf seiner mit europaweiten Gästen veranstalteten ‚Convention identitaire‘, die am 17./18. Oktober 2009 im südfranzösischen Orange mit angeblich über 600 Teilnehmern stattfand. Ebenfalls im Oktober 2009 hatte der ‚Bloc‘ seine Umwandlung von der reinen Aktivistengruppe in eine offizielle politische Partei, die in Zukunft auch zu Wahlen antreten möchte, erklärt. Und im selben Zeitraum erklärte einer seiner örtlichen Kader in Südostfrankreich, Richard Roudier, der FN habe «den Begriff der Identität entehrt», indem Jean-Marie Le Pen seine umstrittenen Äußerungen zum Zweiten Weltkrieg von sich gab – die man selbst «klar verurteile». (Vgl. http://www.rue89.com/jean-yves-camus/2009/10/19/le-bloc-identitaire-nouveau-venu-dans-la-famille-de-lextreme-droite)

8 Vgl. dazu ausführlich: http://www.antifaschistische-nachrichten.de/2002/16/1chirac2.shtml

17. bundesweiter und internationaler Friedensratschlag 2010

4. und 5. Dezember in Kassel, Universität, Wilhelmshöher Allee 73

KASSEL. Fast so als hätte es die schwere Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der letzten zwei Jahr nicht gegeben, sind die Banken und Transnationalen Konzerne wieder zur Tagesordnung übergegangen. Und die heißt: Akkumulieren und Profite steigern! Vergessen sind die Krisenfolgen, die insbesondere einkommensschwache Haushalte, Arbeitslose und Hartz-4-Empfänger hier zu Lande und zwei Drittel der Menschen in der Dritten Welt getroffen haben. Anstatt in eine wirklich nachhaltige Entwicklung zu investieren, befestigen die Regierungen der reichen Staaten ihre Wohlstandsinseln gegen den Rest der Welt. Dazu muss der größte Militärpakt aller Zeiten, die NATO, gestärkt, die Europäische Union militarisiert und die Bundeswehr in eine effektive Interventionsarmee „transformiert“ werden.

Der sich zuspitzende globale Kampf um Rohstoffe und Energien, um die heute schon Kriege im Irak, in Afghanistan und in Afrika geführt werden, steht im Mittelpunkt des Friedensratschlags 2010. In Kassel wird nach Antworten jenseits von Krieg und Gewalt gesucht.

Tagungsbeitrag: 30 bzw. 12 Euro, beim Tagungsbüro zu entrichten. Abendessen am Samstag im Tagungsbeitrag enthalten.

AG Friedensforschung, Anmeldung:
peter.strutynski@gmx.de,
www.ag-friedensforschung.de ■

Flüchtlingslager abschaffen!

AUGSBURG. Am 11. November haben in Augsburg etwa 200 Asylbewerber, Flüchtlinge und deren Unterstützerinnen für bessere Lebensbedingungen der Einwandernden demonstriert. Die Vertreterin der Flüchtlingsinitiative Augsburg (FIA) erklärte beim Auftakt vor der Ausländerbehörde: „Viele von uns haben den Essenspaketboykott im Frühjahr unterstützt und dazu eine Demonstration veranstaltet. Bei dieser Demonstration im April, wurde der Stadtrat aufgefordert, eine Resolution zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen zu verabschieden.

Die Resolution wurde von den Grünen verfasst und von der Fraktion der SPD, sowie zwei Stadträten der Linken mit unterzeichnet. Die Hauptforderungen waren:

1. Die Schließung der Calmbergstraße [ein Lager in einer total veralteten Kaserne – Red.]
2. Kleinere Unterkünfte, keine Massenunterkünfte mehr!
3. Abschaffung der Essenspakete, stattdessen Bargeld für Lebensmitteleinkäufe.

Die Resolution wurde später auch vom gesamten Augsburger Stadtrat und Oberbürgermeister Kurt Girbl [CSU] unterzeichnet und an den Sozialausschuss des bayerischen Landtages geschickt.

Leider wurden die Forderungen abgelehnt! Bereits am Tag zuvor hatten Hilfsorganisationen wie die „Karawane“ und der Bayerische Flüchtlingsrat im Rahmen ihrer „Schmutzigen Donnerstags-Tour“ Unterkünfte im Bezirk Augsburg besichtigt. Bei einer Pressekonferenz und auch nach der Demonstration konnten sich Medienvertreterinnen von den fürchterlichen Zuständen z. B. in der Unterkunft Calmbergstraße überzeugen: Je vier Menschen in Stockbetten in einem 16 qm großen Raum, vier Toiletten und zwei 4-Plattenherde für ca. 80 Bewohner auf einem Gang, sind die äußeren Bedingungen. Dazu kommen z. B. die „Residenzpflicht“ (Verbot für Asylbewerber, den Landkreis ihres Lagers zu verlassen). Der Bayerische Landtag hatte zwar im Frühjahr deren Lockerung verkündet, doch verspüren tun die Flüchtlinge davon nichts. Einmal im Jahr können sie auf Antrag von Augsburg nach München reisen. Die Genehmigung kostet 10-12 Euro (das monatliche Taschengeld beträgt 40 Euro). Arbeiten, d.h. Geld verdienen ist ihnen verboten, solange sie nicht als Asylanten anerkannt sind.

Die Bayerische Landesregierung bemüht sich gerade auf der Sarazin-Welle zu surfen: Sozialministerin Haderthauser, die noch vor Kurzem für verbesserte Unterbringungen von Flüchtlingen gegen den Parteimainstream angetreten war, drohte in ihrer Erklärung am 11.11. (dem Tag der Demonstration) Einwanderern mit Sanktionen, wenn sie nicht schnell genug deutsch lernen würden.

Seit dem 18.11 befinden sich über 200 Flüchtlinge in einem erneuten Essenspakete-Boykott. Weitere Bewohner aus Flüchtlingsunterkünften in Augsburg und Umland haben sich bereits angeschlossen. Die FIA fordert zu Spenden auf, denn: Wer die Essenspakete verweigert, hat gar nichts zu essen. Am 22. November meldete die FIA, dass 250 Bewohner der Augsburger Flüchtlingslager am Essenspakete-Boykott teilnehmen, um für ein besseres Leben zu kämpfen und, dass sie Spenden, um den Boykott aufrecht zu erhalten, ablehnen. Sie haben also einen Hungerstreik begonnen.

jol ■

Unbekannte überfielen Roma-Lager bei Paris

FRANKREICH. Die französische Polizei fahndet nach einem Überfall auf ein Roma-Lager in der kleinen Pariser Vorstadt Triel-sur-Seine nach den Tätern. Wie am 30.10. bekannt wurde, drangen die maskierten und bewaffneten Männer gegen zwei Uhr früh in einem mit Blaulicht ausgestatteten Auto in das Lager ein. Sie verschafften sich gewaltsam Zutritt zu Wohnwagen und bedrohten die Insassen.

Eine Frau sagte aus, man habe sie gezwungen, sich zu entkleiden. Die Männer schossen mehrmals in die Luft und ergriffen nach etwa einer halben Stunde die Flucht. Wie „Le Monde“ am Samstag berichtete, sagten mehrere der Opfer aus, die Männer seien „wie Polizisten gekleidet“ gewesen. „Diese Familien werden nie vergessen, was ihnen zugestoßen ist“, erklärte Annick Omond von einer Vereinigung zur Unterstützung der Roma und betonte weiter, dass die Unbekannten zahlreichen Nomaden ihre Dokumente entwendet hätten. Das Kommissariat von Poissy eröffnete unterdessen eine Ermittlung in der Affäre.

Die Roma von Triel, rund 30 Familien, leben seit mehreren Jahren unter der ständigen Drohung einer Zwangsräumung unter prekären Umständen auf einem privaten Grundstück in der Ebene von Triel-Chanteloup, einer ansonsten eher schicken Vorortzone von Paris. Sie fordern von den Behörden seit langem eine andere Unterbringung und insbesondere den Zugang zu Leitungswasser.

Frankreich erregte in den vergangenen Monaten internationales Aufsehen, weil Präsident Sarkozy beschlossen hat, alle Roma ausländischer Nationalität, die in illegal errichteten Lagern leben, gruppenweise abzuschieben. Die meisten von ihnen wurden mit Flugzeugen nach Rumänien geschickt, einige auch nach Bulgarien. Die EU-Kommission erwog zunächst ein Strafverfahren gegen Paris, ließ das Vorhaben aber dann wieder fallen. Seit Jahresbeginn hat Frankreich mehr als 8000 Roma in ihre EU-Heimatländer abgeschoben und hunderte illegale Lager räumen lassen.

Quelle: romale@zahav.net.il 3.11.10 ■

Hoffnung für Jugendliche – keine Lösung für Andere

Die Innenministerkonferenz hat sich in der Debatte um eine Bleiberechtsregelung immerhin zu einer Minimallösung für „integrierte Jugendliche“ durchgerungen. Sie ist offenbar eine etwas entschärfte Variante des Schünemannschen Vorschlages eines Bleiberechts nach Schulerfolg. Positiv ist, dass ein Bleiberecht für Jugendliche nicht mehr an einen Stichtag gebunden sein soll, sondern als Dauerlösung im Ausländerrecht verankert wird. Auch mit dem Vorschlag, abgeschobene Jugendliche auf der Basis der sogenannten Wiederkehroption nach Deutschland zurückkehren zu lassen, hat man sich ein wenig in Richtung der Interessenlage der Betroffenen bewegt. Das Aufenthaltsrecht der Kinder soll unabhängig von dem der Eltern sein. Diese sollen nur dann bleiben können, wenn sie ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft sichern können, wenn die Kinder volljährig sind. Das bedeutet: Einige Jahre die Chance, die Voraussetzungen zu erfüllen – allerdings auch einige weitere Jahre Ungewissheit samt der damit verbundenen Belastung für die Familien.

Aus diesem Stückwerk könnte der Bundesgesetzgeber, der nun am Zug ist, eine Bleiberechtsregelung machen, die die von der IMK ausgesparten Fragen löst. Der Beschluss der Innenminister ändert nämlich nichts daran, dass Alten, Kranken und Behinderten trotz Bleiberechtsregelung weiterhin die Abschiebung droht.

Selbst für den Bereich, zu dem die IMK jetzt ihren Beschluss gefasst hat, stellen sich gewichtige humanitäre Bedenken: Was geschieht mit schulisch weniger erfolgreichen Jugendlichen, oft ein Ergebnis unzureichender Förderung oder von Lebensumständen ihrer Familien in Lagern, die Lernen schwierig machen? Human ist eine Abschiebung bei mangelndem Schulerfolg wohl kaum zu nennen.

Die nach wie vor stückwerkhafte und viele Betroffene ausschließende Bleiberechtsregelung ist Ausdruck einer Haltung, die gerade Niedersachsens Innenminister zum Programm der Union erhoben hat: Es geht nicht wirklich um eine humanitäre Regelung, sondern um Deutschlands nationale Interessen, die Gewinnung qualifizierter Kräfte für den deutschen Arbeitsmarkt. In diesem an der demographischen Entwicklung in Deutschland orientierten Weltbild ist die Familie höchstens das hinzunehmende Anhängsel derer, die hierzulande als nützlich angesehen werden. *Presseerklärung ProAsyl 19. November 2010* ■

Abschiebungen von Roma müssen gestoppt werden!

STUTTGART. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg begrüßt den Vorstoß der Bundesländer Niedersachsen und Hamburg für eine gesetzliche Bleiberechtsregelung zugunsten geduldeter Flüchtlinge. „Die vom niedersächsischen Innenminister vorgeschlagenen Voraussetzungen sind aber inakzeptabel“, so Angelika von Loeper, Vorsitzende des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg: Nicht nachvollziehbar ist, warum erst nach mindestens achtjährigem Aufenthalt in Deutschland ein Bleiberecht erteilt werden soll. Bisherige Bleiberechtsregelungen setzten eine Frist von nicht mehr als sechs Jahren für Familien fest. Nicht akzeptabel ist die Bedingung eines erfolgreichen Schulbesuchs der Kinder: Das Scheitern mancher Flüchtlings-und Migrantenkinder im deutschen Schulsystem verweist eher auf die mangelnde Förderung dieser Kinder, die oft vorschnell in Sonderschulen abgeschoben werden. Im Übrigen sind auch Kinder in die deutschen Lebensverhältnisse integriert, die hier eine Sonderschule besuchen.

Kritikwürdig erscheint die mangelhafte Einbeziehung der Eltern in die Bleiberechtsregelung: Auch für sie muss es eine klare und bedingungslose Einbeziehung in eine Bleiberechtsregelung geben, die die gesamte Familie umfasst. Selbst wenn die Älteren keine Arbeit haben, erfüllen sie – wie in deutschen Familien auch – oft eine wichtige Funktion, etwa im Rahmen der Kleinkinderbetreuung zur Ermöglichung einer Berufstätigkeit ihrer inzwischen volljährigen Kinder.

Wir halten es für unverantwortlich und mit dem Sozialstaatsprinzip nicht vereinbar, wenn die langjährig Geduldeten in „nützliche Steuerzahler“ und „unproduktive Esser“ selektiert werden. Gerade auch Kranke und Alte, Kriegsopfer und Behinderte müssen ein Bleiberecht erhalten können, selbst wenn sie ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Erwerbstätigkeit decken können. Auch Eltern ohne Kinder müssen ein Bleiberecht erhalten können, wenn sie ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

Inakzeptabel ist auch, dass mehr als 1000 Roma in Baden-Württemberg nur mit einer Duldung leben. Ihnen droht akut die Abschiebung. So sollen morgen, wenn die Innenminister über eine Bleiberechtsregelung verhandeln, wieder Fakten geschaffen werden. Vom Baden-Airpark Söllingen soll ein Abschiebecharter geduldete Flüchtlinge ins Kosovo verfrachten. Dort landen sie im Nichts, am Rande der Müllkippe, während der Winter vor der Tür steht.

Wie auch eine sechsköpfige Roma-Familie, die 19 Jahre lang in Lahr/ Schwarzwald gelebt hat. Am 21. Oktober wurden sie in einer Nacht-und Nebelaktion über Söllingen abgeschoben. Alle Kinder zeigten gute schulische Leistungen, die beiden jüngeren (6 und 11 Jahre) wurden mit den Eltern abgeschoben, die beiden älteren (17 und 18 Jahre) durften in Deutschland bleiben. Eine solche Politik kann nicht gutgeheißen werden, sie kann kein Modell für ein neues Bleiberecht sein!

„Es ist unerträglich, wenn die Innenminister sich Kinder und Jugendliche nach Nützlichkeitskriterien aussuchen, während die Abschiebungen ins Kosovo weiterhin auf der Agenda bleiben“ , so Angelika von Loeper.

Derzeit warten bundesweit 86.000 aufenthaltsrechtlich „Geduldete“ auf eine dauerhafte Bleiberechtsregelung, davon in Baden-Württemberg 9.234 (Quelle Ausländerzentralregister 30.6.2010). Es ist an der Zeit, dass diese Menschen nach Jahren der Unsicherheit endlich eine Perspektive in Deutschland erhalten.

Angelika von Loeper, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. ■

Flüchtlinge streiken weiter

DENKENDORF. Seit Dienstag, 9. November 2010, boykottieren über 25 Bewohnerinnen und Bewohner des Flüchtlingslagers Denkendorf (Landkreis Eichstätt)

die Annahme der Essenspakete. Eine Teilnehmerin und ein Teilnehmer des Essenspaketeboykotts wurden zwischenzeitlich ins Krankenhaus eingeliefert. Sie waren geschwächt, weil sie über keine alternative Versorgungsquelle verfügten und lieber gar nichts gegessen haben, als den Inhalt der Essenspakete. Mittlerweile sind sie aber wieder aus dem Krankenhaus entlassen.

Die Boykott-TeilnehmerInnen berichteten uns, am Sonntag, 14. November 2010, hätten die Lagerleiterin und die Ausländerbehörde Eichstätt versucht, einen Abbruch des Boykotts zu erzwingen. Sie hätten mit Zwangseinlieferung ins Krankenhaus gedroht, wenn die Flüchtlinge weiterhin nicht essen würden. Während dieser „Unterredung" seien die Boykott-TeilnehmerInnen von der Polizei gehindert worden, das Haus zu verlassen, um den BehördenvertreterInnen zuzuhören. Ein Boykott-Teilnehmer aus Senegal kommentiert diese Vorgänge wie folgt: „Wir sind nicht krank. Wir streiken, weil wir erreichen wollen, dass wir menschenwürdig leben können. Wir hatten gedacht, dass wir hier Demokratie finden, aber wenn man uns bedroht, weil wir für unsere Rechte eintreten, dann hat das mit Demokratie nichts zu tun".

Unterdessen ist die Regierung von Oberbayern, die in den letzten Wochen durch verschiedene Skandale im Zusammenhang mit der Lagerunterbringung von Flüchtlingen auffiel, durch den Essenspaketeboykott aufgeschreckt. Sie sah sich gezwungen, das Denkendorfer Lager zu besuchen und sich die Forderungen der Flüchtlinge anzuhören. Sie werden trotzdem ihren Essenspaketeboykott fortsetzen.

„Wir wollen Bargeld statt Essenspakete, Bewegungsfreiheit und eine menschenwürdige Wohnung, statt in diesem Lager zu wohnen. Und wir wollen, dass man uns mit Anstand und Respekt behandelt, nicht so wie die Lagerleiterin in Denkendorf oder das Landratsamt Eichstätt. Wir machen weiter!", betont der senegalesische Boykott-Teilnehmer.

Hans-Georg Eberl von der Menschenrechtsorganisation Karawane München erklärt dazu: „Die Forderungen der Flüchtlinge in Denkendorf sind auch unsere Forderungen. Wir werden den Boykott unterstützen, so gut wir können. Hier wird uns eindringlich vor Augen geführt, dass sich durch den Landtagsbeschluss zur Neuregelung der Lagerpflicht und den Erlass von Mindeststandards durch das bayerische Sozialministerium für Flüchtlinge nichts wesentlich verbessert hat. Was es braucht, ist ein fundamentaler Politikwechsel, der beinhalten müsste, dass Essenspakete, Lagerzwang, Residenzpflicht und Arbeitsbeschränkungen endlich abgeschafft werden".

Bayerischer Flüchtlingsrat und Karawane München ■

Diskriminierung von Asylbewerbern beenden!

BERLIN. „Die Bundesregierung gibt zu, dass die Berechnung der Leistungen für Asylbewerber verfassungswidrig ist", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke. In ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der Fraktion (Drucksache 17/2404) kündigt die Bundesregierung eine Neuberechnung an. Jelpke weiter: „In der Antwort der Bundesregierung heißt es, die Höhe der Unterstützung für Asylbewerber werde bislang „auf der Grundlage von Kostenschätzungen" bestimmt. Dies entspreche aber „nicht den Anforderungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts" zur Ermittlung der Hartz-IV-Sätze vom Februar dieses Jahres. Die unmittelbare Konsequenz hieraus muss lauten, nun schleunigst das Gesetz zu ändern, und zwar bis zum 1. Januar, wenn auch die neue Hart-IV-Gesetzgebung in Kraft tritt. Sollte dies nicht möglich sein, muss die Gesetzesänderung rückwirkend erfolgen.

Was allerdings noch schneller ginge und überdies menschenrechtlich geboten wäre, ist die konsequente Abschaffung dieses diskriminierenden Gesetzes.

Die Bundesregierung sollte darauf verzichten, nun erbsenzählerisch das Existenzminimum von Flüchtlingen kleinzurechnen. Es geht um das unbedingt zu gewährende Grundrecht auf Existenzminimum, bei dem keine politisch motivierten Abstriche zulässig sind! Die um etwa ein Drittel gegenüber der üblichen Sozialhilfe abgesenkten und seit 1993 nicht mehr erhöhten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind mit diesem Grundrecht unvereinbar."

Die vollständige Antwort der Bundesregierung kann als Vorab-Version in meinem Büro angefordert werden.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Dubiose Abschiebe-Anhörung in Dortmund

DORTMUND. Am Dienstag, 23. November, kommen MitarbeiterInnen der Botschaft von Nigeria wieder einmal nach Dortmund zu einer sogenannten „Identifizierungsanhörung". Ort der Anhörung: Stadtverwaltung Dortmund. Nigerianische Flüchtlinge, die im Asylverfahren abgelehnt wurden, haben Schreiben erhalten, in denen sie zur Vorsprache bei diesem Termin aufgefordert wurden. Einziger Zweck einer solchen Botschaftsanhörung: Die Ausstellung von Heimreisedokumenten („Travelling Certificates/ TCs") zum Zweck der Abschiebung!

Wie bei früheren Nigeria-Botschaftsanhörungen sind NigerianerInnen aus verschiedenen deutschen Regionen betroffen. Angesichts früherer Erfahrungen ist mit zahlreichen polizeilichen Zwangsvorführungen zu rechnen! Nigeria-Abschiebeanhörungen haben bereits während der letzten Monate in verschiedenen deutschen Städten stattgefunden: Am 14. Juli waren sie in München. Eine weitere Anhörung, die in Karlsruhe geplant war, wurde abgesagt. Insgesamt bedeutet dies, dass die nigerianische Botschaft, berüchtigt für korrupte Kollaboration mit deutschen Abschiebebehörden, wieder einmal durch die Lande tourt, um Abschiebe-Anhörungen durchzuführen.

http://www.aha-bueren.de ■

Prostest gegen Sammelabschiebung nach Vietnam

BERLIN. Am 29. November und am 6. Dezember werden jeweils 50 Vietnamesinnen und Vietnamesen mit einer Sammelabschiebung zwangsweise von Berlin Schönefeld nach Hanoi gebracht. Die Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg verurteilen die Abschiebungen scharf und rufen zum Boykott der durchführenden Fluggesellschaft Aeroflot auf.

Vietnam ist ein Land, in dem Bewegungs- und Versammlungsfreiheit nach wie vor strengen Kontrollen unterliegen und rechtsstaatliche Prinzipien nur eingeschränkt gelten. Vietnam ist ein armes Land, das immer noch unter den Folgen des Krieges leidet, der in Europa und den USA längst vergessen ist.

Etwa die Hälfte der Menschen, die mit den beiden Flügen nach Vietnam gebracht werden sollen, ist derzeit in Berlin und Brandenburg in Abschiebehaft. Unter den Abschiebehäftlingen befindet sich Herr A., der in Berlin Frau und Kinder hat. Sein Anwalt bemüht sich, die Abschiebung und Familientrennung noch zu verhindern. Bei Frau T. ist der Versuch, die Abschiebung zu stoppen, gescheitert. Sie reiste ein, um ihren Freund zu heiraten, der in Deutschland als anerkannter politischer Flüchtling lebt. Die Ausländerbehörde ließ dem Standesamt aber keine Zeit, ihre Dokumente in Vietnam überprüfen zu lassen und verfügte die Abschiebung und Inhaftierung.

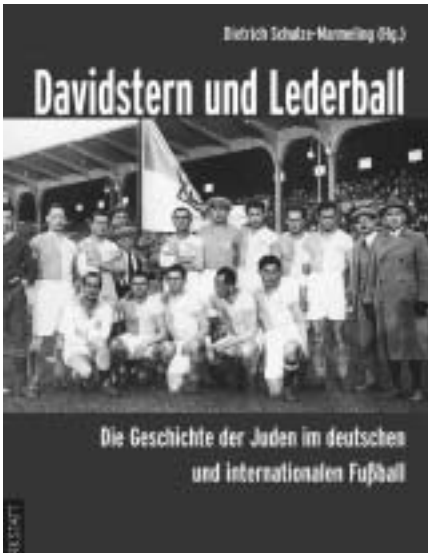
In Abschiebehaft befinden sich auch Menschen, die gerne ausreisen wollen, aber das Geld fürs Ticket nicht aufbringen können. Andere wären nach Haft und Zermürbung durch die Ausländerbehörden bereit, auszureisen, aber die freiwillige Ausreise wird ihnen verwehrt. Eine Abschiebung bedeutet: Wiedereinreisesperre mindestens bis die Haft- undAbschiebekosten (in der Regel in vierstelliger Höhe) beglichen worden sind.

Die Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg rufen zum Boykott der Aeroflot auf und starten eine Fax- und Email-Kampagne. (Vorlage zum Download unter www.fluechtlingsrat-berlin.de

Flüchtlingsrat Berlin
buero@fluechtlingsrat-berlin.de
www.fluechtlingsrat-berlin.de ■

Von „Judenclubs“ und Schiedsrichtern im Widerstand

Köln. Am 18.11. fand im EL-DE-Haus eine Veranstaltung des NS-Dokumentationszentrum in Zusammenarbeit mit den Coloniacs, einer Fangruppierung des 1. FC Köln, statt, die Fußballfans und Geschichtsinteressierte gleichermaßen interessiert haben dürfte: Als Referent trat Dietrich Schulze-Marmeling auf, der einige sehr beachtete Bücher zum Thema Fußball, aber auch zu Geschichte und Politik verfasst und herausgebracht hat. Besonders zu erwähnen sind hierbei „Davidstern und Lederball. Zur Geschichte der Juden im deutschen und internationalen Fußball“ und „Hakenkreuz und rundes Leder. Fußball im Nationalsozialismus“. Letzteres war namensgebend für die Veranstaltung, dennoch wusste Schulze-Marmeling auch aus ersterem Titel Einiges zu berichten.



So standen vor allem Menschen jüdischer Herkunft im Mittelpunkt seines Vortrags, die entscheidend dazu beitrugen, den Fußball in Deutschland zu dem Briten beliebten Sport aufs europäische Festland zu holen.

Ein Name fiel im Laufe des Abends häufiger: Kurt Landauer. Der ehemalige Präsident des als „Judenclubs“ geltenden FC Bayern München gilt als einer der Initiatoren des Profitums im Fußball. Aufgrund seiner jüdischen Herkunft wurde er 1938 im KZ Dachau interniert und flüchtete ein Jahr später in die Schweiz. Der DFB bevorzugte im Gegensatz zu Landauer das Amateurwesen, da Fußball damals vor allem als Wehrertüchtigung für die Masse und nicht als Unterhaltung gesehen wurde. So ließ sich die Ablehnung des Profitums mit antisemitischen Ressentiments verknüpfen. Bereits 1933 begann der DFB, nahezu in vorauseilendem Gehorsam, Juden und Linke aus dem Sportwesen zu verdrängen. Dabei hatten nicht alle so viel Glück wie Landauer. Julius Hirsch, Nationalspieler aus Karlsruhe, wurde in Auschwitz ermordet. In Gedenken an ihn verleiht der DFB seit 2005 jedes Jahr den Julius-Hirsch-Preis für antirassistisches Engagement.

Doch es gab auch erfreulichere Biographien. Z. B. die von Leo Horn, einem der bekanntesten Schiedsrichter der damaligen Zeit. Als holländischer Jude schloss er sich im Zweiten Weltkrieg dem Widerstand gegen die Wehrmacht an und überlebte.

Was die nur langsam und widerwillig stattfindende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit betraf, machten der Fußball und insbesondere der DFB keine Ausnahme zum gesamtgesellschaftlichen Bild: Lange wurde geschwiegen, bezeichnenderweise stellte man mit Carl Koppehel einen Menschen als Haushistoriker an, der dem Nationalsozialismus alles andere als abgeneigt war.

2005 erschien bereits „Fußball unterm Hakenkreuz: Der DFB zwischen Sport, Politik und Kommerz“, eine vom DFB selbst in Auftrag gegebene Studie zur eigenen NS-Vergangenheit. Schulze-Marmeling sieht diese insgesamt eher kritisch und bemerkte pointiert, man sei nach der Lektüre auch „nicht schlauer“ als vorher.

Doch es wird auch positive Erinnerungsarbeit betrieben. So veranstaltet z.B. die „Schickeria“, ein Fanclub des FC Bayern, das sog. Kurt- Landauer- Turnier, ein antirassistisches Fußballturnier, und erhält dadurch die Erinnerung an ihren einstigen Präsidenten aufrecht.

Benjamin Wernigk ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Neue Rechtspartei und Waffen-SS

„Putsch der Kommissare – auf dem Weg in die EU-Diktatur“: mit diesem reißerischen Titel, illustriert mit einer behaarten Riesenspinne, die auf EU-Europa hockt, will die Novemberausgabe von „Zuerst!“ Leser(innen) gewinnen. Was die Autoren GÜNTHER DESCHNER, BERNHARD RADTKE und MANUEL OCHSENREITER unter dem programmatischen Titel „Der Moloch“ dann aber zum Thema anbieten, ist eher dünn. Die ersten drei Worte des Beitrages, „Bürokratie, Beamtenschwemme, Bürgerferne“ fassen seinen Inhalt treffend zusammen, ohne ihn unangemessen zu verkürzen. Zwar ist die EU und ihre Konstruktion ein beliebtes Dauerthema der Rechten, dennoch fragt man sich, warum die Redaktion einem so dürftigen Beitrag gleich sechs Seiten opfert.

Die Antwort findet sich direkt dahinter, in einem ausführlichen Interview mit NIGEL PAUL FARAGE, einem Europaabgeordneten der EU-feindlichen britischen Rechtspartei UKIP (United Kingdom Independence Party), von „Zuerst!“ als einer der „profiliertesten Kritiker der Brüsseler Bürokratie“ bezeichnet. Auf die Frage: „Gibt es derzeit auch nur einen einzigen deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament, der eine EU-skeptische Einstellung hat?“ antwortet Farage: „Es wird euroskeptische deutsche Stimmen im Europäischen Parlament geben, wenn es eine seriöse Partei oder Gruppierung gibt, die sich zu den nächsten europäischen Wahlen 2014 zusammenfindet. Wenn sich die richtigen Leute zusammentun, wird es auch ein gutes Wahlergebnis geben“. Es geht also um eine neue, „seriöse“ Rechtspartei, die so erfolgreich werden soll wie die FPÖ in Österreich und die faschistische JOBBIK-Partei in Ungarn (beiden Ländern widmet das vorliegende Blatt ausführliche Beiträge).

Auch Chefredakteur Dr. GÜNTHER DESCHNER beschäftigt sich in seinem Editorial mit dem Problem einer Partei rechts von der CDU, geht allerdings eher negativ auf die inhaltliche Unterscheidung von CDU und CSU ein, aus deren Reihen bzw. deren Wählerpotential eine solche Partei entstehen müsste: „Parteichefin Künast wurde noch deutlicher, als sie sagte, Teile der Union ‚kreisten über den Stammtischen‘, weil sie Angst hätten, ‚daß rechts der Union eine neue Partei entsteht‘. Sie wies damit auf des Pudels Kern: Wenn auch einiges an Seehofers und Merkels Aussagen (zum Thema Migration und Integration – tri) tatsächlich richtig ist, so ist es doch wenig glaubhaft, daß ausgerechnet sie, die seit den 80er Jahren noch nie ernsthafte und auf die Erhaltung der Identität des deutschen Volkes gerichtete Anstrengungen unternommen haben, nun das Ruder herumreißen wollen.“

Deschners Ziel ist es, CDU und CSU als Parteien darzustellen, die zwar rechts blinken, aber im Zweifelsfall dann doch links abbiegen. Als Alternative käme, wäre die Behauptung richtig, dann nur eine neue Partei in Frage. „...in einem Interview mit der ARD hat sich auch der hessische Ministerpräsident und Nachfolger Roland Kochs, Volker Bouffier, zu Seehofer geäußert. Auch er tönte ‚rechts‘, doch im Gegensatz zu seinem bayerischen Kollegen benannte er erstaunlich arglos seine Ängste und seine eigentlichen Ziele: ‚Wir müssen immer dafür sorgen‘, sagte er, ‚daß rechts der Union keine demokratische Alternative entsteht‘. Eine solche Partei fürchtet die Union wie der Teufel das Weihwasser.“

Das Projekt einer neuen, „seriösen“ Rechtspartei, die sich jenseits (aber vielleicht unter Einschluss) der „alten“ Rechten vor allem aus dem rechten Rand (nicht nur) der Unionsparteien bilden soll, scheint auf der Agenda der „Zuerst!“-Macher ganz weit oben zu stehen. Sie konzentrieren ihre Agitation deshalb auf Themen, die auch für Anhänger(innen) des rechten Randes der Union kompatibel sind: die rassistisch behandelte Frage der Migration, EU-Feindlichkeit, Islamophobie, Nationalismus und kritisieren nicht in erster Linie die politische Linke sondern prominente Christdemokrat(inn)en, die wie Bundeskanzlerin Merkel und Bundespräsident Wulff, als liberal gelten. Auf Beiträge, die NPD, DVU, die Republikaner oder die Pro-Gruppen in den Mittelpunkt stellen, wird derzeit bewusst verzichtet.

In Zeiten der Krise, in denen Empörung über soziale Ungleichheiten bis weit in die Reihen der bürgerlichen Mitte zu finden ist, kommen allerdings auch Rechte nicht umhin, einem gewissen „Antikapitalismus“ Raum zu geben. Allerdings handelt es sich dabei keineswegs darum, das wirtschaftliche und soziale System grundlegend zu ändern, sondern um eine Ideologie der Volksgemeinschaft, die WERNER BAUMANN, der bereits im „Zuerst!“-Vorläufer „Nation und Europa“ häufig vertreten war, propagiert: „Auch in der freien Wirtschaft sollten Maßstäbe und Regeln gelten, die sich dem Normalbürger wenigstens halbwegs ... vermitteln lassen. Es ist ohnehin nicht mehr viel, was die bundesdeutsche Gesellschaft zusammenhält. Verbindende Wertvorstellungen, die einst die Kultur dieses Landes prägten, sind allenthalben auf dem Rückzug. Gruppeninteressen überwuchern das Gemeinwohl; individuelle Selbstverwirklichung verabsolutiert sich. Fast alles bemißt sich am Materiellen. Umso abträglicher ist es für die innere Stabilität der Gesellschaft, wenn das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen derart massiv verletzt wird, wie es sich in der wachsenden Kluft zwischen unteren und oberen Einkommen ausdrückt.... Eine große Mehrheit der Deutschen klagt in den Meinungsumfragen über die Abnahme sozialer Gerechtigkeit. Mit Neid oder Mißgunst hat das ebensowenig zu tun wie mit Kommunismus und Klassenkampf. Die Menschen wollen eine Marktwirtschaft, die sich nicht nur sozial nennt, sondern auch sozial handelt, eine Marktwirtschaft, die leistungsbezogene Unterschiede nicht einebnet, zugleich aber auch verhindert, daß sich die einen unverhältnismäßig zu Lasten der anderen bereichern. Gefragt sind Vernunft und Augenmaß“.

Trotz aller Bemühungen, seriös zu erscheinen, lugt unter dem Anzug doch hin und wieder eine alte Uniform hervor, z. B. bei KARSTEN NEUBERT: „Die Waffen-SS kann mit Fug und Recht als erste europäische Freiwilligenarmee gelten – lange vor Gründung der NATO. Fast eine halbe Million Nichtdeutscher fanden sich unter der doppelten Sigrune zum Kampf an deutscher Seite bereit, und ihr Motiv, der Kampf gegen den Sowjetkommunismus, war nicht weniger eherenhaft als das der selbsternannten ‚Soldaten Christi‘ unter Sternenbanner und Union Jack“.

Bei einschlägigen Demonstrationen heißt das kürzer „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507